Reichsleitung und Heeresleitung in der Periode des Friedens von Brest-Litowsk

Der Konflikt über die Ostannexionen.

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der philosophischen Fakultät

der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

ERHARD WALZ

aus Berlin

Tag der Promotion 29. Oktober 1936.

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Juni 1935.

1 9 3 6

DISSERTATIONS-VERLAG G. H. NOLTE DÜSSELDORF

511

Referenten:
Professor Dr. Oncken
Professor Dr. Hoppe

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Mit Genehmigung der Fakultät kommt hier nur ein Teil der ganzen Arbeit zum Abdruck.

INHALTS-VERZEICHNIS

Einleitung 1

Die militärisch-politische Entwicklung des Jahres 1917 und ihre Einwirkung auf die Lage der Mittelmächte 2

Abschnitt I.

Die theoretische Erörterung der Ostannexionen.

1. Kapitel. Die 3. Oberste Heeresleitung und die Territorialfragen eines Ostfriedensschlusses 3

2. Kapitel. Die Reichsleitung unter Hertling und die Territorialfragen des Ostfriedens 5

3. Kapitel. Der Wert der Ostannexionen 6

Abschnitt II.

Der Zusammenstoß der Gegensätze bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.

1. Kapitel. Die Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember 7

2. Kapitel. Die kurländisch-litauische und die polnische Frage bis zum Abbruch der Brester Verhandlungen 15

3. Kapitel. Das Akutwerden der livländisch-estländischen Frage 29

Schlußbetrachtung 37

Literaturverzeichnis 45

Finnischer Meerbusen
Petersburg
Reval
Narwa
Dagoe
Estland
Oesel
Pernau
Peipus See
Rigaer Busen
Walk
Wenden
Marienburg
Livland
Kur-land
Riga
Mitau
Memel
Schaulen
Deutsche Front
Dünaburg
0 40 80 120km
Maßstab 1 : 6000000

INHALTSANGABE

des nicht zum Abdruck kommenden Teiles der Dissertation. (Einleitung und Abschnitt I).

EINLEITUNG.

Die vorliegende Arbeit über die militärisch-politischen Gegensätze in den Fragen einer Neugestaltung der deutschen Ostgrenze stellt eine Illustration zu dem weltgeschichtlichen Problem „Kriegführung und Politik" dar. Der besondere Reiz der Darstellung des Problems gerade an einem Beispiel aus der Zeit des Weltkrieges liegt in der Verworrenheit des politischen und militärischen Geschehens der Epoche. Eine Fülle von weltgeschichtlichen Fragen drängen in der kurzen Spanne von vier Jahren zur Entscheidung. Das belgische Problem, Polen, die Randstaatenfrage, die Neugestaltung des Balkans, der U-Bootkrieg und seine Folgen, das Verhältnis zu den Neutralen und vieles andere bildeten ein Knäuel von ineinander verflochtenen Fragenkomplexen, das — zumal bei der äußerst prekären innerpolitischen Lage der Mittelmächte — nur unter denkbar größten Schwierigkeiten entwirrt werden konnte. Die Gegensätzlichkeit zwischen politischer und militärischer Führung über die Methoden zur Lösung eines dieser Probleme muß unter solchen Umständen von außergewöhnlichem Interesse für den Historiker sein.

Die Wichtigkeit der zu betrachtenden Frage selbst, der Neugestaltung der deutschen Ostgrenze durch den Frieden mit Rußland, liegt auf der Hand. Sie ist ein Teilausschnitt des dahinter stehenden, größeren Problems der allgemeinen Kriegsziele und damit der Sinndeutung des Weltkrieges überhaupt. Von der Art des Friedens im Osten erwartete die Welt die Beantwortung der Frage, ob Deutschland, wie die Ententepolitiker behaupteten, einen Eroberungskrieg führte, oder den Verständigungskrieg, von dem die deutschen Führer immer sprachen. Weiter mußte der Ostfriedensschluß erweisen, wie Deutschland zu der Frage der Möglichkeit eines Allgemeinfriedens stand. Ein Verständigungsfriede im Osten, d. h., ein Friede mit Verzicht auf Annexionen, mußte der Welt die Überzeugung geben, daß Deutschland an die Möglichkeit eines allgemeinen Friedensschlusses vor der völligen Niederwerfung einer Partei glaubte. Annexionen im Osten mußten als Ausdruck der Überzeugung vom notwendigen Sieg oder Untergang gelten. Andere Rückwirkungen mußten sich auf unser Bundesverhältnis zu Österreich, auf die ganze Gestaltung unseres zukünftigen Verhältnisses zu Rußland, ja zu einem guten Teil überhaupt auf die Orientierung unserer späteren Stellung in der europäischen Staatenwelt erstrecken. Dazu kamen innerpolitische Konsequenzen. Die Stimmung in Volk und Heer konnte stark durch den Gang der Dinge im Osten beeinflußt werden. Die zu erwartende Unzufriedenheit süddeutscher Höfe über mögliche Gebietserweiterungen Preußens war zu bedenken. Eroberungen polnischen und baltischen Gebietes mit nichtdeutschen Einwohnern mußten schwere bevölkerungspolitische Folgen für das Reich haben. Diese nur andeutungsweise gegebene Aufzählung zeigt klar die Wichtigkeit des Ostfriedensproblems auf und läßt zugleich die enge Verknüpfung des Fragenkomplexes mit der militärisch-politischen Gesamtlage erkennen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Behandlung des eigentlichen Themas immer den Blick auf die großen Zusammenhänge gerichtet zu lassen. Nur diese Betrachtungsweise verbürgt eine richtige Würdigung der verantwortlichen Personen und der von ihnen für die ein-

zelnen Entscheidungen ins Treffen geführten Gründe. Um die Voraussetzung für diese Methode zu schaffen, sei zunächst ein Überblick über die bedeutendsten militärischen und politischen Ereignisse des Jahres 1917 gegeben.

Die militärisch-politische Entwicklung des Jahres 1917 und ihre Einwirkung auf die Lage der Mittelmächte.

Die beiden bedeutsamsten Ereignisse des Jahres 1917 sind die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 30. Januar und der Ausbruch der russischen Revolution im März. Beides konnte fürs Erste für die Mittelmächte nur von Vorteil sein, denn der automatisch mit dem U-Bootkrieg zu erwartende Kriegseintritt Amerikas konnte für Entscheidungen auf dem europäischen Kriegsschauplatz erst im Frühjahr oder Sommer 1918 bedeutend werden. Durch die russische Revolution wurde der ganze Kriegsplan der Entente für 1917 zunichte gemacht, der einen gleichzeitigen Vorstoß der russischen und der Salonikiarmee gegen Bulgarien zur Abziehung deutscher Truppen von der Westfront vorsah, die dann selbst durch eine englisch-französische Offensive durchbrochen werden sollte. Die Hauptvoraussetzung des Planes, die Fesselung deutscher Kräfte im Osten erfüllte sich plötzlich durch die innere Lahmlegung der russischen Kampfkraft nicht. Dazu kam, daß die Offensivvorbereitungen der Entente durch die bekannte Rückzugsbewegung der deutschen Truppen in die Hindenburgstellung zunichte gemacht wurden. Erst im April konnten Engländer und Franzosen bei Arras und Reims angreifen. Trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit hielt die deutsche Front. Ebenso scheiterte zur gleichen Zeit die italienische Offensive der 10. Isonzoschlacht. Im Juli raffte sich das russische Heer unter Kerenski zum letzten Angriff auf. Die Gegenaktion der Mittelmächte bei Tarnopol brachte die ganze feindliche Front ins Wanken. Aus Osten war seitdem keine unmittelbare Bedrohung mehr zu erwarten. Die Offensive der Engländer im Juli zur Eroberung Flanderns war ebenso erfolglos. Dagegen gelang den Mittelmächten ein großer Wurf mit der Durchbrechung der italienischen Isonzofront bei Flitsch und Tolmein und der Verlegung der südlichen Fronten weit hinein in italienisches Land. Der November brachte den Ausbruch der zweiten, der bolschewistischen Revolution in Rußland. Die neue Regierung verfolgte als außenpolitisches Ziel den sofortigen Friedensschluß. Noch im November konnten die ersten deutschen Truppentransporte von der Ostfront nach Frankreich rollen. Zum ersten Mal seit Kriegsbeginn ergab sich die Möglichkeit, an der Westfront eine zahlenmäßige Überlegenheit zu erlangen. Hatte das schwächere deutsche Heer bis jetzt allen Durchbruchsversuchen der Entente standgehalten, so konnte man bei zahlenmäßiger Überlegenheit in Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit des Erfolges selbst zur Offensive übergehen. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg hatte zwar nicht, wie die Marineleitung vorausgesagt hatte, England in einem halben Jahr zum Frieden gezwungen, aber schwere Einwirkungen auf seine Lage waren doch unverkennbar. Nahrungs- und Rohstoffmangel führte zu Rationierungsmaßnahmen, und die Stimmung wurde im Laufe des Jahres immer defaitistischer.

Im Ganzen genommen war die rein militärisch-strategische Situation der Mittelmächte am Ende des Jahres 1917 so günstig wie nie vorher. Die Gefahr im Osten gebannt, im Süden ein glänzender Erfolg, im Westen zunehmende Überlegenheit, das ist der Eindruck, unter dem die leitenden deutschen Stellen im Winter 1917/18 standen. Besonders mußte sich das auf die Oberste Heeresleitung auswirken, die durch ihr Tätigkeitsgebiet den psychologischen Folgen einer guten strategischen Lage am meisten ausgesetzt war, und zugleich anderen, deprimierenderen Einflüssen, wie sie z. B. von der inneren Lage der Mittelmächte her ausgehen konnten, weniger nahe stand als etwa die politische Leitung.

An solchen deprimierenden Eindrücken gab es genug. Das Jahr 1917 steht ganz im Zeichen des Niederganges der Kriegsstimmung, hervorgerufen durch die wachsenden Entbehrungen, die Blutopfer, durch das Aufbrechen innerer Gegensätze, durch Kriegsgewinnlertum und Drückebergerei vom Frontdienst. Äußeren Ausdruck fand die Mißstimmung in einer Reihe von Streiks seit Beginn des Jahres. Der zu Anfang des Krieges geschlossene innerpolitische Burgfriede wich ungehemmtem Parteigezänk. Die Geschlossenheit der militärisch-politischen Führung fehlte. Die Folge war Bethmanns Sturz. Michaelis hielt sich nur 2½ Monate. Hertling mußte seinen Amtsantritt durch eine Art politisches Programm von den Mehrheitsparteien erkaufen und ebnete damit zu einer Zeit, in der straffste Konzentration der Führung nottat, dem Parlamentarismus den Weg.

Noch bedenklicher war die Lage in Österreich. Die Hungersnot war noch drohender als im Reich. Außerdem schienen die slawischen und tschechischen Völker, besonders nach der russischen Revolution, auf die völlige Auflösung des Staates loszusteuern. Die innere Schwäche ließ die Erkenntnis des Friedensbedürfnisses zum beherrschenden Faktum der österreichischen Politik werden. Die Folge war wachsendes Mißtrauen gegen den Verbündeten in Deutschland, das noch verstärkt wurde durch die Person Kaiser Karls und seine Familienbeziehungen zur Entente. Dazu kam eine latente Spannung zwischen Deutschland und Österreich in der polnischen Frage, die sich aus dem Kampf um die sogen. austro-polnische und germano-polnische Lösung d. h., aus der Frage ergab, ob in dem neu gegründeten polnischen Königreich Österreich oder Deutschland die politische, militärische und wirtschaftliche Vormachtstellung haben sollte. Gerade das Jahr 1917 bringt in dieser Gegensätzlichkeit eine gesteigerte Intensität, da der zu erwartende russische Frieden zu Enscheidungen in der Materie drängte.

Die Symptome der Kriegsmüdigkeit bei den anderen Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, waren noch stärker als in Deutschland und Österreich.

Das Facit des allgemeinen militärisch-politischen Überblickes des Jahres ist einerseits eine für Deutschland und seine Verbündeten günstige strategische Situation, auf der anderen Seite aber eine ebenso sehr zu Befürchtungen Anlaß gebende politische Entwicklung.

Abschnitt I.

DIE THEORETISCHE ERÖRTERUNG DER OSTANNEXIONEN.

1. Kapitel.

Die dritte Oberste Heeresleitung und die Territorialfragen eines Ostfriedensschlusses.

Hindenburg und Ludendorff haben während ihrer Amtszeit in einer Reihe von Vereinbarungen mit den jeweiligen Kanzlern, in Denkschriften und späterhin in ihren Memoiren ihre territorialen Kriegsziele für den Osten eindeutig dargelegt [1]). Aus einem Vergleich der verschiedenen Programme ergeben sich folgende grundsätzliche Ansprüche:

1) Zur Festlegung von bestimmten Kriegszielen kommt die OHL. im Dez. 16 aus Anlaß des deutschen Friedensangebotes an die Entente, am 23. April 17 als die Möglichkeit des Ostfriedens zum ersten Mal auftaucht, am 9. August 17, in einer Vereinbarung mit Michaelis, am 14. Sept. in einer Rede Ludendorffs in einem Kronrat, am 14. Sept. in einer Denkschrift Ludendorffs und am 6. Nov. bei einer Auseinandersetzung mit dem österreichischen Außenminister Czernin.

1. Erwerb von Kurland und Litauen in Form einer Personalunion mit dem Hause Hohenzollern.

2. Für den Fall der germano-polnischen Lösung der polnischen Frage ein Gebietsstreifen südlich Ostpreußens, (etwa von Bjelostok über Ostrolenka nach Mlawa), eine Erweiterung der Einschnürung Westpreußens bei Thorn nach Süden und Osten und ein Gebietsstreifen um Oberschlesien.

3. Für den Fall der austro-polnischen Lösung eine Annexion bis zur Linie Narew-Lodz-Warthe.

Außerdem werden — allerdings nur ein einziges Mal in der Vereinbarung mit Bethmann am 23. April — Teile der übrigen Ostseeprovinzen (Estlands und Livlands) einschließlich der Inseln vor dem Rigaer Meerbusen verlangt.

Diese nicht unbeträchtlichen Forderungen suchte die Oberste Heeresleitung gegenüber der annexionsfeindlichen Reichstagsmehrheit und gegenüber den ebenfalls gemäßigteren Kanzlern immer als strategische Notwendigkeiten hinzustellen. Mit Hilfe des heute verfügbaren Materials ist es jedoch verhältnismäßig einfach, diese Argumentation ihrer für den Augenblick notwendigen Tarnung zu entkleiden und den politischen Kern der Forderungen bloßzulegen. Im Dezember 1916 z. B. wurde die Annexion Kurlands und Litauens gefordert, um „mit Einbegriff des Königreichs Polen eine gute von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland zu gewinnen." Dieses Argument konnte im Dezember 1916 noch verfangen, da man noch allgemein annahm, an Polen einen Verbündeten zu haben. Sehr bald erwies sich aber das Gegenteil dieser Annahme als richtig. Unter diesen Umständen schuf die Annexion Kurlands und Litauens mit ihrer Schmalheit, ihrer weiten Vorgeschobenheit nach Osten, und der Umklammerung durch Polen und Rußland strategische Grenzen von kaum noch zu überbietender Gefährlichkeit. Trotzdem hielt die Oberste Heeresleitung die Forderung nach den Gebieten in allen späteren Festlegungen weiter aufrecht, entweder ganz ohne jede Begründung [2]) oder mit der nicht überzeugenden, daß „Kurland und Litauen unsere Verpflegungsmöglichkeiten gesünder machen sollten" [3]), obwohl beide Länder bekanntlich keine landwirtschaftlichen Überschußgebiete waren. Ebensowenig lassen sich bei genauer Betrachtung die „Schutzstreifen" gegen Polen als strategische Unumgänglichkeiten beweisen. Bei den großen Annexionsforderungen im Fall der austro-polnischen Lösung versuchte allerdings selbst die Oberste Heeresleitung schon gar keine militärische Begründung mehr. Tatsächlich waren die Forderungen der Obersten Heeresleitung rein machtpolitischer Art. An einer Reihe von Zitaten aus Hindenburgs und Ludendorffs Büchern läßt sich das nachweisen [4]).

Zu diesen die rein militärischen Erfordernisse weit übersteigenden Wünschen kam die Oberste Heeresleitung auf Grund ihrer Auffassung vom Wesen des Weltkrieges und zukünftiger europäischer Kriege und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Friedensbedingungen. Ludendorff hat diese Auffassung in „Kriegführung und Politik" niedergelegt. Für ihn ist der Weltkrieg der „wahrhaftige Krieg", d. h., ein Daseinskampf der Völker auf Leben und Tod im Gegensatz etwa zu dem vom Leben der Bevölkerung so gut wie unabhängigen Kabinettskrieg vergangener Zeiten. Dieser Daseinskampf forderte den letzten Einsatz aller nur erdenklichen Kraftquellen. Die Erlangung jeder Art Machtzuwachs mußte daher für den Fall eines zukünftigen „wahrhaftigen Krieges" zur obersten Richtlinie allen politischen Handelns werden. Und Erwerb von Raum und Menschen, wie

---

2) z. B. am 23. April und am 9. August.

3) am 11. September.

4) Ludendorff, Kriegführung und Politik S. 282 „Grenzen, die für Deutschlands Bestand als Großmacht notwendig waren." Ders. Urkunden der Obersten Heeresleitung S. 545 „die Stärkung der Monarchie und die Erweiterung der Machtstellung Deutschlands" usw.

er im Osten winkte, bedeutete solchen Machtzuwachs. Dem Einwand, daß er mit solchen Forderungen jede Aussicht auf einen für Deutschland erstrebenswerten allgemeinen Verständigungsfrieden zunichte machte, begegnete Ludendorff mit der Feststellung, daß der „wahrhaftige Krieg" der Natur der Sache nach nicht mit einem Kompromis, sondern nur mit Sieg und Untergang enden konnte. Deshalb würde es töricht gewesen sein, den Vorteil einer Machterweiterung im Osten fahren zu lassen zugunsten des nicht zu verwirklichenden Phantoms eines Allgemeinfriedens.

2. Kapitel.

Die Reichsleitung unter Hertling und die Territorialfragen des Ostfriedens.

Ist die Darstellung der östlichen Kriegsziele der Obersten Heeresleitung auf Grund ihrer häufigen klaren Festlegungen verhältnismäßig einfach, so gestaltet sich eine zweifelsfreie Erkenntnis der Friedensziele Hertlings wesentlich schwieriger. Aufzeichnungen Hertlings über die Zeit seiner Amtsführung sind nicht vorhanden, genau so wenig wie seines Staatssekretärs des Äußeren v. Kühlmann. Auch den zeitgenössischen Politikern war — wie auch den Männern von der Obersten Heeresleitung — Hertings außenpolitische Zielsetzung nie restlos klar, zumal er auch in seinem tatsächlichen Handeln oft Wege ging, die auf den ersten Blick scheinbar gar nicht in Einklang miteinander zu bringen waren. Trotzdem ist es heute möglich, wenn auch nicht genaue Festlegungen in Einzelheiten, so doch eine generelle Einstellung der Hertlingschen Politik zum Ostfriedensproblem aufzuzeigen. Diese Hauptrichtlinie ist gekennzeichnet durch das Wort „Verständigungsfriede" und bedeutete für den Osten grundsätzlichen Annexionsverzicht. Die klarste Meinungsäußerung, die Hertling selbst einmal in dieser Richtung getan hat, ist seine Reichstagsrede vom 29. November, in der es heißt: „Was die ehemals dem Zepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland, Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht."

Die Argumentation für den Verständigungsfrieden im Osten beruhte im Wesentlichen auf der Überzeugung, daß Deutschlands materielle und moralische Kriegsbereitschaft schon soweit geschwächt war, daß der Abschluß eines allgemeinen Friedens so schnell wie möglich erreicht werden mußte, um den Zusammenbruch zu vermeiden, und zweitens auf der Überzeugung von der Möglichkeit eines solchen Allgemeinfriedens. Die Wahrscheinlichkeit eines Gesamtfriedensschlusses schien gerade im Winter 1917/18 größer als je zu sein. In England war die Kriegsmüdigkeit als Folge des U-Bootkrieges so stark wie nie zuvor. Beredter Ausdruck dafür war die bekannte Friedensaktion des konservativen Abgeordneten Landsdowne. Auch in Frankreich war zu der Zeit ein Anwachsen der Friedensbewegung unverkennbar. Besonders die drohende Gefahr einer überwältigenden deutschen Frühjahrsoffensive nach Beendigung des Kampfes im Osten drückte die Kampfeslust der Ententevölker. Unter diesen Umständen schien es den Verständigungspolitikern am ratsamsten, durch Verzicht auf Annexionen im Osten, die Behauptungen der englisch-französischen Kriegshetzer vom Schlage Lloyd Georges und Clemenceaus über die deutsche Eroberungsgier Lügen zu strafen. Die Friedensparteien in den beiden Ländern hätten dann womöglich unter Hinweis auf den Verständigungsfrieden im Osten die Stellung der Scharfmacher untergraben, sich selbst in die Regierung bringen und den Allgemeinfrieden herbeiführen können. Diesen Weg, der die Möglichkeit einer für Deutschland rechtzeitigen allgemeinen Beendigung des Krieges nicht verbaute, hielt die deutsche Verständigungspartei, an ihrer Spitze die Hertlingsche Regierung, für besser als die Absicht der Obersten Heeresleitung,

einen allgemeinen Verständigungsfrieden überhaupt nicht in Rechnung zu stellen, statt dessen ungehemmt im Osten zu annektieren und im Übrigen alles auf die Karte der großen deutschen Frühjahrsoffensive zu setzen; wobei sich auch die Oberste Heeresleitung darüber klar war, daß diese Offensive nach dem dann zu erwartenden Eingreifen der Amerikaner die letzte Möglichkeit einer siegreichen Beendigung des Krieges darstellte.

3. Kapitel.

Der Wert der Ostannexionen.

Über den Wert der Ostannexionen sowohl in materieller wie in politischer Hinsicht ist während und nach dem Kriege viel gestritten worden. Eine Betrachtung der gegensätzlichen Argumente ergibt folgendes Bild:

Ein von militärischer Seite immer wieder herausgestellter Vorteil hätte in der Fernhaltung des Bolschewismus von der deutschen Grenze bestanden. Eine marxistische Radikalisierung der deutschen Arbeiter war ja 1917 unverkennbar. Sie mußte durch ein an die alten Reichsgrenzen reichendes bolschewistisches Rußland noch verstärkt werden. Die Verschiebung der Infektionsgefahr durch Einschaltung einer Art weltanschaulich neutraler Zone hätte die Gefahr sicherlich herabgemindert.

Ein zweiter Vorteil der Eroberungen wäre wirtschaftlicher Art gewesen. Die Ostseeprovinzen waren Gebiete, deren landwirtschaftliche Erträge die Besatzungstruppen zu einem guten Teil ernährten. Bei einer Preisgabe der Gebiete hätten diese Truppenmengen die Verpflegungslage der Heimat sehr stark belastet.

Dazu kamen zwei mehr ideelle Argumente. Bekanntlich war das deutsche Element in der geistigen Führung der Ostseeprovinzen ausschlaggebend. Eine Annexion hätte diese Einflußsphäre deutscher Kultur für immer vor allen fremdvölkischen Gegenbewegungen bewahrt. Und schließlich behauptete die Annexionspartei, daß die Aufstellung und spätere Erlangung von Eroberungszielen die Kriegsstimmung im Volke wesentlich heben würde.

Entgegen diesem letzten Argument erklärten jedoch die Verständigungspolitiker, daß Annexionsforderungen gerade die Depression der Gemüter beschleunigen würde, da sie als Hemmnis für die Erlangung des Friedens erscheinen mußten.

Die Antiannexionisten wiesen weiter hin auf die bevölkerungspolitischen Bedenken der Grenzerweiterungen. Die geplanten Eroberungen hätten etwa 7 bis 9 Millionen fremdstämmiger Menschen in die deutsche Ostgrenze eingeschlossen.

Dazu wären außenpolitisch unangenehme Folgen gekommen. Die großen von der Obersten Heeresleitung geforderten polnischen Annexionen hätten einen starken polnischen Irredentismus geschaffen. Österreich, in dem Bestreben, das polnische Restreich an sich zu fesseln, hätte diese Wiedervereinigungsbestrebungen unterstützen müssen, und das hätte möglicherweise zu einer Zerstörung des alten Bundesverhältnisses führen können.

So wie die polnischen Eroberungen das deutsch-österreichische Verhältnis, so mußten die baltischen Annexionen die Beziehungen zu Rußland für alle Zukunft feindlich gestalten. Eine Verdrängung Rußlands vom Meer in dem von der Obersten Heeresleitung geforderten Ausmaße mußte nach Ansicht der Verständigungspolitiker einen russischen Revanchegedanken erzeugen, der sich im Fall eines deutschen Endsieges mit dem französischen Revanchegedanken verbünden würde. Das Aufhören panslavistischer Expansionsgelüste nach der bolschewistischen Revolution in Rußland hätte vielleicht sogar Österreich nach der Abkehr vom Reich den Anschluß an diesen Bund möglich gemacht. Die deutschen Ostannexionen hätten so möglicherweise gerade die Voraussetzungen für den von der Obersten Heeresleitung immer gefürchteten Zukunftskrieg geschaffen.

So standen sich, als man im Osten daran ging, endgültige Entscheidungen von größter Tragweite zu treffen, die verantwortlichen militärischen und politischen Stellen in Deutschland in scharfem Gegensatz über die anzustrebenden Ziele gegenüber. Der weitere Gang der Dinge mußte zeigen, welche der beiden Gruppen sich im Kampf gegen die andere durchzusetzen vermochte.

Abschnitt II.

DER ZUSAMMENSTOSS DER GEGENSÄTZE BEI DEN FRIEDENSVERHANDLUNGEN VON BREST-LITOWSK.

1. Kapitel.

Die Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember.

Am 26. November 1917 fragte die russische, bolschewistische Regierung in einem Funkspruch des Volkskommissars Krylenko bei der Obersten Heeresleitung an, ob sie zum Abschluß eines Waffenstillstandes bereit sei. Der Vorschlag wurde angenommen, und am 3. Dezember begannen die Verhandlungen, die am 15. Dezember mit einem Waffenstillstandsvertrag endeten. Bald danach, am 22. Dezember, nahmen in Brest-Litowsk auch die Friedensverhandlungen ihren Anfang. Führer der deutschen Delegation war der Staatssekretär des Äußeren von Kühlmann und ihm unterstellt als „Vertreter der Obersten Heeresleitung" und berechtigt „Wünsche und Bedenken der Obersten Heeresleitung zur Sprache zu bringen und im Bedarfsfall gegen die Maßnahmen des Staatssekretärs zu protestieren" [1]) der Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber Ost, Generalmajor von Hoffmann.

Als Auftakt für die Verhandlungen fand auf deutscher Seite am 18. Dezember in Kreuznach eine Besprechung statt, deren Beratungsgegenstand die bevorstehenden Verhandlungen mit Rußland waren. An ihr nahmen Hindenburg und Ludendorff und auf der anderen Seite Hertling und Kühlmann teil. Hier stießen nun zum ersten Mal die gegensätzlichen Meinungen aufeinander. Nach Ludendorffs Schilderung in den „Erinnerungen" allerdings hat sich die Reichsleitung, scheinbar ohne überhaupt erst dagegen zu reden, völlig dem Willen der Obersten Heeresleitung unterworfen. Ludendorff berichtet [2]): „Hierbei (bei der Beratung vom 18. Dezember) erklärte sich der Kaiser, ohne daß der Reichskanzler oder der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes widersprachen, mit dem Schutzstreifen an der preußisch-polnischen Grenze einverstanden, den wir noch als genügend bezeichnet hatten." Tatsächlich entspricht diese Darstellung nicht ganz den

1) die Aufzeichnungen des Generalmajors Hoffmann, herausgegeben von K. F. Nowak, S. 197.
2) S. 283 bis 284.

tatsächlichen Ereignissen. Schon Ludendorffs Angaben über den Verlauf der Besprechung in „Kriegführung und Politik" zeigen ein etwas anderes Bild. Es heißt dort[2]): „Über die Zukunft Kurlands und Litauens, ebenso über die Notwendigkeit eines Schutzstreifens an der Grenze Preußens gegen Polen wurde vollständige Einigkeit erzielt; nur über die Breite desselben blieben Unklarheiten bestehen." Zwar wird hier schon das Vorhandensein von Gegensätzen angedeutet, aber auch hier wird doch noch der Anschein erweckt, als hätte es sich nur um unwesentliche Differenzen gehandelt. In Wirklichkeit sind aber, wie die inzwischen veröffentlichten Aufzeichnungen über die Besprechung zeigen[3]), in der polnischen Angelegenheit, gerade in der bedeutendsten Frage, nämlich über die Einverleibung größerer polnischer Landstrecken, die gegensätzlichen Ansichten unvereinbar gewesen. Wohl heißt es in der Niederschrift, General Ludendorff habe hervorgehoben, „daß für jede militärische Verschlechterung der Grenze infolge der dadurch notwendig werdenden technischen Verstärkung Polen mehr an den Kriegskosten beteiligt werden müßte", was darauf schließen läßt, daß Ludendorff eine gewisse Reduktion seiner Forderungen in Erwägung gezogen hat[4]); aber von einer Einigung war man damit noch weit entfernt.

Ähnlich verhält es sich mit Ludendorffs Schilderung vom Wiederauftreten einer anderen, der livländisch-estländischen Frage. Während er davon in „Kriegführung und Politik" bei der Besprechung der Sitzung vom 18. Dezember gar nichts erwähnt, teilt er in den „Erinnerungen" nur mit[5]), der Kaiser hätte über Estland und Livland dahin entschieden, daß man den Russen die Räumung vorschlagen solle, um so die Esten und Letten ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben zu lassen. Der General verschweigt dabei die sehr bedeutende Tatsache, daß die Oberste Heeresleitung sich für die Personalunion Estlands und Livlands einschließlich Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen mit Deutschland ausgesprochen hat.

Beschränken wir uns zunächst auf den Verlauf der Besprechung selbst, so wie er sich uns aus dem von Volkmann mitgeteilten Sitzungsbericht darstellt. Den ersten Punkt der Verhandlung bildete die Zukunft Livlands und Estlands. Das ist etwas sehr Auffallendes, denn seit der Aufstellung des Kriegszielprogramms vom 23. April 1917 war über eine mögliche Einflußnahme auf diese Gebiete nicht mehr diskutiert worden. Man hatte scheinbar in der ganzen Zwischenzeit den Gedanken daran fallen lassen. Wenn dieser Punkt trotzdem jetzt wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde, so wird man bei der bisherigen Haltung des Kanzlers dahinter kaum seinen, sondern den Einfluß der Obersten Heeresleitung vermuten müssen und in der Tat ist sie es auch, die den Gedanken einer Personalunion

3) Volkmann Die Annexionsfragen des Weltkrieges, S. 215.

4) Vgl. auch Denkschrift Hindenburgs vom 7. Januar 1918 in Urkdd. der Obersten Heeresleitung, S. 453: „Beim Vortrag am 18. Dezember schränkten wir unsere Forderungen ein".

5) Erinnerungen, S. 429.

der Gebiete einschließlich Riga und der Inseln im Rigaischen Meerbusen vertritt, und zwar mit der nicht ganz überzeugenden Begründung, daß dies aus militärischen Gründen für die Sicherung der Ostgrenze nötig sei, denn ein Blick auf die Karte zeigt ja eher eine Gefährdung der Grenze durch die Verlängerung um das schmale Randstaatengebiet.

Wie zu erwarten, wandte sich die Reichsleitung dagegen, mit dem Argument, daß „gegen eine Ausdehnung unserer Interessensphäre auf Livland und Estland vom Standpunkt unseres zukünftigen Verhältnisses zu Rußland Bedenken beständen".

Eine Entscheidung in der Frage wurde bei der Kreuznacher Besprechung jedoch nicht getroffen, obwohl aus den vom Kaiser geäußerten Gedanken hervorzugehen scheint, daß er im Grunde für die Annexion der Länder eingenommen war[6]).

Entschieden wurde dagegen über das künftige Schicksal von Litauen und Kurland. Der Reichskanzler erklärte hierzu gegen eine Personalunion vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesfürsten keine Bedenken zu haben.

Am 29. November hatte Hertling in seiner Reichstagsrede die Erwartung ausgesprochen, daß sich Litauen und Kurland „selbst diejenige staatliche Gestalt geben würden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entsprächen." Eine von deutscher Seite bewußt betriebene Personalunion mit Preußen oder Deutschland stand dem im Prinzip entgegen. Es muß dabei allerdings noch ein Fall ins Auge gefaßt werden, in dem diese an und für sich widerstrebenden Gegensätze doch vereinbar gewesen wären, wenn nämlich die Personalunion von der Bevölkerung der beiden Länder selbst gewünscht wurde. Wir müssen daher hier einmal kurz auf die politische Entwicklung in Kurland und Litauen eingehen.

In beiden Ländern war nach ihrer Besetzung im Jahre 1915 vom Oberbefehlshaber Ost eine Verwaltung eingerichtet worden. Payer, der sich als Vicekanzler eingehend mit den Ostfragen befaßte und auch die Vertretung der Regierung darin dem Reichstag gegenüber ausübte[7]), berichtet darüber folgendermaßen: „Genau genommen unterstand die Verwaltung der besetzten Gebiete dem Reichsamt des Inneren, das aber nicht die Möglichkeit hatte, sich durchzusetzen. Tatsächlich herrschte in ihnen das Militär"[8]). Wie aus Ludendorffs ein-

---

6) Volkmann, S. 215: „Seine Majestät äußerte sich dahin, daß das Bestreben Rußlands, an ein offenes Meer zu kommen, berechtigt sei, doch sei die Ostsee kein Weltmeer in diesem Sinne, daher solle man sein Bestreben auf den persischen Meerbusen richten und es darin unterstützen.

Er (der Kaiser) empfiehlt, den Esten und Livländern gegenüber abzuwarten, bis sie kommen, doch war er auf Anfrage des Generals Ludendorff einverstanden, daß man ihnen die Möglichkeit geben müsse, sich zu äußern. Man solle hierzu den Russen die Räumung vorschlagen, ohne sie zu fordern, damit die Esten und Livländer ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können."

7) siehe Payer, Von Bethmann-Hollweg bis Ebert.

8) Payer, S. 234.

gehender Schilderung der Einrichtung der Verwaltung hervorgeht[9]), entspricht diese Anschauung Payers auch dem wahren Sachverhalt[10]). Die Einflußnahme der Obersten Heeresleitung auf das Land über diesen Verwaltungsapparat beschränkte sich zunächst nur auf ganz unpolitische Arbeitsgebiete, wie Ernährungs- und Wirtschaftsfragen, Gerichtswesen u. ä. Erst im Frühjahr 1917, als durch die russische Revolution neben der Kriegführung auch die politische Entwicklung im Osten mehr ins Rollen kam, begann auch die Oberste Heeresleitung, die von ihr eingerichtete Verwaltung in den Dienst ihrer politischen Zielsetzung zu stellen[11]). Dieses Ziel war klar: „Ein Herzogtum Kurland und ein Großfürstentum Litauen, beide, zugleich zum gegenseitigen Interessenausgleich, im engsten Anschluß an Deutschland und in Personalunion mit Seiner Majestät, sei es als König von Preußen oder als Kaiser von Deutschland“[12]). Der erste Schritt dazu mußte die staatsrechtliche Konstituierung der Länder als Herzogtum bezw. als Großfürstentum sein. Zu diesem Zweck beauftragte die Oberste Heeresleitung im August 1917 den Oberbefehlshaber Ost mit der Bildung von „Landesräten“ in den beiden Gebieten. In Litauen konnte man dabei auf einem im Mai zusammengetretenen „Vertrauensrat“ aufbauen, in dem die Litauer die Mehrheit bildeten, die anderen Nationalitäten durch einzelne Mitglieder vertreten waren und der als Landesorgan gedacht war, um die Wünsche der Litauer der Verwaltung zu übermitteln[13]).

Bei der Umbildung und Erweiterung dieses Vertrauensrates in einen Landesrat erlebte die Oberste Heeresleitung das erste Fiasko mit ihrer Politik. Ludendorff berichtet darüber sehr lakonisch: „In Wilna wurde der Landesrat durch Umgestaltung des Vertrauensrates ins Leben gerufen. Er erwies sich als arbeitsunfähig. Das politische Leben stockte“[14]). Eine Angabe darüber, worin die Arbeitsunfähigkeit bestand, macht Ludendorff jedoch nicht. Vermutlich lag sie darin, daß die Litauer ihre eigenen politischen Wege gehen wollten, die nicht mit den Wünschen der Obersten Heeresleitung übereinstimmten. Die damalige politische Lage im Lande läßt darauf schließen.

Es handelte sich bei Litauen um ein Gebiet, dessen völkische und daher auch geographische Abgrenzung besonders gegenüber Polen noch recht zweifelhaft war. Es ist daher auch nicht ganz leicht, die Zahl der wirklich auf staatlichen Zusammenschluß habenden Litauer anzugeben[15]). Auf jeden Fall bildeten sie in dem größten Teil der von ihnen bewohnten Gebiete einen in sich geschlossenen, nationalen

9) Erinnerungen, S. 147 ff.

10) Erst Ende 1917 wurde die Verwaltung zwischen einem General und einem Unterstaatssekretär geteilt (Erinnerungen, S. 429).

11) „Ihrem (der Verwaltung) Wirken mußte nun allmählich mehr politischer Inhalt gegeben werden“ (Erin. S. 374).

12) Erinnerungen, S. 375.

13) Ebenda, S. 376.

14) Ebenda, S. 426.

15) etwa 6½ Millionen, davon etwa 2% Deutsche.

Block, sie waren, wie Payer sagt, „ein politisch fortgeschritteneres und selbstbewußteres Volk als ihre Schicksalsgenossen in den anderen Ländern (Kur-, Est- und Livland)“ [16]). Sie waren ein Volk, mit eigener, jahrhunderte alter Kultur und Geschichte.

Die politischen Hoffnungen dieser Nation waren vom Beginn der Besetzung an unvereinbar mit der Zielsetzung der deutschen Obersten Heeresleitung. Ludendorff sagt darüber: „Der Litauer glaubte, nun schlüge für ihn die Befreiungsstunde; als die erhoffte bessere Zeit infolge der eisernen Notwendigkeit des Krieges nicht gleich eintrat, wandte er sich ab und wurde mißtrauisch“ [17]).

Aus diesem Mißtrauen scheint sich dann bei den Litauern mit der zunehmenden Erkenntnis, daß mit einer wirklichen Befreiung durch deutsche Hilfe nicht zu rechnen sei, eine permanente Gegnerschaft entwickelt zu haben, mit dem Ziel, die Selbständigkeit des Landes auch gegen den Willen der Obersten Heeresleitung mit Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Bei einer Schilderung der Stimmung in den besetzten Gebieten berichtet Ludendorff, „daß die litauische Geistlichkeit uns im allgemeinen wohlgesinnter war als die litauische Demokratie in Wilna, die in ihren unklaren Bestrebungen sehr bald den Boden unter den Füßen verlor“ [18]). An anderer Stelle heißt es: „Die litauische Demokratie glaubte an die Macht des Schlagwortes von dem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen [19]), und „die ..... Schlagworte vom annexionslosen Frieden und von dem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen waren geeignet, die litauische Frage einer Lösung entgegenzuführen, die den deutschen Interessen widersprach“ [20]).

Ihre größte Steigerung erfuhr diese litauische Selbständigkeitsbewegung am Ende des Jahres 1917, hervorgerufen wohl durch die von der bolschewistischen Regierung am 15. November vorgenommene Propagierung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur völligen Loslösung vom russischen Reich. Denn nun schien die bisher noch immer zu bedenkende Gefahr bei einer Abkehr von Deutschland, die mögliche Rückgliederung an Rußland, zu verschwinden, und man sah vor sich nur noch die Alternative: Anschluß an Deutschland oder Selbständigkeit. Der äußere Ausdruck dieser verschärften Lage war „eine wilde Hetze von litauisch-demokratischer Seite gegen den Verwaltungschef Oberstleutnant Fürsten von Isenburg“ [21]), die schließlich zu dessen Rücktritt führte und am 11. Dezember eine Unabhängigkeitserklärung Litauens durch den Landesrat, in der auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes „die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die mit anderen Völ-

16) Payer, S. 246.
17) Erinnerungen, S. 144.
18) Erinnerungen S. 157.
19) Ebenda S. 377.
20) Ebenda S. 376.
21) Erinnerungen S. 427.

kern bestanden haben", proklamiert wurde[22]). Zwar bittet man in der Proklamation zugleich noch Deutschland um Wahrnehmung der litauischen Interessen bei den Friedensverhandlungen und spricht man von der Notwendigkeit eines „ewigen, festen Bundesverhältnisses des litauischen Staates mit dem Deutschen Reich", von einer „militärischen, einer Verkehrs-Konvention, Zoll- und Münzgemeinschaft", aber das war man dem Umstand, daß Deutschland immer noch der militärische Herr des Landes war, schuldig. Schon am 3. Januar erließ der „Oberste Litauische Nationalrat" in der Schweiz, die Stelle, von der außerhalb des Landes die Selbständigkeitsbewegung geleitet wurde und die in gutem Einvernehmen mit der Bewegung im Lande selbst stand eine Unabhängigkeitserklärung, in der von irgendeiner Hinneigung des zukünftigen litauischen Staates zu Deutschland mit keinem einzigen Wort mehr die Rede war[23]). Schließlich wagte am 9. Januar und am 16. Februar der litauische Landesrat erneute Unabhängigkeitsproklamationen ohne jede Erwähnung einer Anlehnung an das Reich[24]). Schon allein die häufige Wiederholung dieser Erklärungen ist ein Ausdruck der starken, gegen den deutschen Anschluß gerichteten Selbständigkeitsbestrebungen der Litauer[25]).

Die Möglichkeit, daß von den Litauern selbst die Personalunion mit dem Zollernhause gewünscht wurde, kam also nicht in Betracht.

Etwas anders als in Litauen lagen die Dinge in Kurland. Der wesentliche Unterschied bestand hier darin, daß erstens der Anteil der Deutschen an der Bevölkerungszahl größer war als in Litauen[26]), und daß zweitens die Masse der Bewohner, die Letten, im allgemeinen politisch und kulturell sehr viel unselbständiger und unentwickelter als die Litauer waren, sodaß die Deutschen trotz ihrer zahlenmäßig immerhin auch hier nicht allzu starken Stellung doch in jeder Beziehung die Führung in der Hand hatten. Von ihrer Seite waren natürlich Widerstände gegen Anschlußbestrebungen des Reiches nicht zu erwarten. Aber auch die wenigen besitzenden und politisch interessierten Letten standen, wie es scheint, einer Verbindung mit dem Reich nicht ablehnend gegenüber. Payer, der im wesentlichen Gegner der östlichen Annexionspolitik ist, muß sich doch auch zu der Erklärung bekennen, „daß nach seiner Ansicht die vorherrschende Meinung, nicht bloß die des deutschen Elementes, dahinging, daß ein Anschluß an Deutschland in irgendeiner Form das beste für das Land sei"[27]).

22) P. Klimas, Der Werdegang des litauischen Staates 1915—18, Bln. 1919 S. 107. Über die Entstehung der Erklärung vgl. ebenda.

23) J. Kreppel, Der Friede im Osten, Wien 1918, S. 75 und Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1918, Bd. 2, S. 406.

24) Klimas a.a.O. S. 110 und 114.

25) Über die hier nicht näher zu behandelnden Entstehungsgeschichten der einzelnen Proklamationen, die jedesmal bewußt im Gegensatz zu den Bestrebungen der Obersten Heeresleitung gefaßt wurden, siehe Klimas, S. XVIII. ff.

26) Etwa 8%.

27) Payer, S. 240.

So nimmt es denn auch nicht weiter Wunder, wenn der auch hier vom Oberbefehlshaber Ost im September gebildete Landesrat ganz den Anforderungen der Obersten Heeresleitung entsprach. Ludendorf berichtet darüber recht befriedigt: „Der Landesrat in Mitau trat in feierlicher Form zusammen und bat Seine Majestät in einer Adresse, Kurland zu schützen und die Herzogswürde des Landes anzunehmen“ [28]).

Was die Zusammensetzung der Landesräte anbelangt, so entsprach sie in Litauen den tatsächlichen Verhältnissen insofern, als die Mehrzahl der Mitglieder Litauer waren [29]). Payer schreibt dazu: „Es kam dann auch eine Landesvertretung in einer Zusammensetzung zustande, die immerhin den Namen einer solchen soweit verdiente, daß sie sogar nach sozialdemokratischer Anschauung zur Not als Organ des Willens der Bevölkerung gelten konnte“ [30]). Die Vertretung Kurlands nennt Payer „wenigstens einigermaßen paratätisch“, was darin zum Ausdruck kam, daß auch die Letten vertreten waren, allerdings nur zu 50% [31]), wodurch die Deutschen bei ihrem kaum 10%igen Bevölkerungsanteil doch eine starke Bevorzugung erfuhren. Von einem wahren Ausdruck der Volksmeinung in dieser Vertretung war man also noch ein gutes Stück entfernt.

Eine solche Volksmeinung, die nicht in der von den Militärs bestellten Körperschaft vertreten war, hat es aber scheinbar auch in Kurland gegeben. Es läßt sich hier Ende 1917 und Anfang 1918 eine ähnliche Erscheinung feststellen wie in Litauen, nämlich eine national-lettische Bewegung mit der Front gegen Deutschland, die man wohl auch in diesem Fall auf die russische Verkündigung des Selbstbestimmungsrechtes wird zurückführen dürfen. Als während der Brester Verhandlungen die Frage einer freien Volksabstimmung in Kurland und Litauen diskutiert wurde, kämpfte Ludendorff mit allen Mitteln dagegen an, weil, wie er sagte, „es fraglich war, wie unter dem Einfluß der in Kurland und Litauen einsetzenden deutschfeindlichen Propaganda ....., eine erneute Abstimmung dort ausfallen würde“ [32]) (wobei zu bemerken ist, daß das Wort „erneut“ hier nicht am Platze ist, weil eine wirkliche „Abstimmung“, von der zur Diskussion stehenden Art noch garnicht stattgefunden hatte). Hindenburg schreibt in einem Brief vom 7. Januar 1918 an den Kaiser, „Meldungen, die ich am 4. 1. über die Haltung der Letten für den Fall einer zweiten [33]) Abstimmung erhielt, haben die Besorgnis, die ich am 2. 1. zurückstellte, erneut geweckt“ [34]). Am 15. Dezember

---

28) Erinnerungen, S. 426.
29) Erinnerungen, S. 376.
30) Payer, S. 244—45.
31) Hoetzsch, Der Krieg und die große Politik, Bd. 3, S. 614. Danach setzte sich der Landtag zusammen aus 27 Großgrundbesitzern, 4 Vertretern aus der Ritterschaft, 5 aus der Geistlichkeit, 17 Städtevertretern, 27 Kleingrundbesitzern.
32) Ludendorff, K. u. P. S. 285.
33) Auch für dieses Wort gilt die Randbemerkung des Verfassers.
34) Ludendorff, Urkdd. S. 453.

erklärte eine in Walk, also außerhalb des deutschen Besatzungsgebietes zusammengetretene „Provisorische lettische Nationalversammlung", daß sie gegen die Teilung Lettlands, insbesondere Kurlands zwischen den kriegführenden Mächten, oder gegen den Übergang Kurlands an Deutschland protestiere" [35]). Auch Helfferich berichtet — allerdings für die Zeit nach dem Brester Frieden —, daß man mit der deutschen Politik, „die auf eine militärische und wirtschaftliche Angliederung sowohl Litauens als auch der baltischen Provinzen an das Deutsche Reich" hinauslief, über die Widerstände hinwegging, „die sich sowohl in Litauen wie auch teilweise bei den Letten und Esten gegen eine Lösung zeigten" [36]).

Alles dies beweist, daß auch in Kurland die Dinge nicht ganz so eindeutig lagen, daß man auch hier nicht mit einer allgemeinen, vorbehaltlosen Zustimmung zu einer Angliederung an das Reich rechnen konnte. Immerhin konnte man sich hier zur Not auf die Tatsache berufen, daß die kulturell, wirtschaftlich und politisch führende Oberschicht der Bevölkerung die Verbindung mit dem Reich erstrebte.

Das Gesamtergebnis der Untersuchung der Frage, ob damit zu rechnen war, daß die Personalunion Kurlands und Litauens mit Preußen oder Deutschland von der Bevölkerung der Länder selbst gewünscht werden konnte, läßt also im Falle Litauens nur eine Verneinung zu; für Kurland war die Annahme nur bedingt richtig, nämlich, wenn man sich dabei auf den Willen der verhältnismäßig dünnen Oberschicht stützte.

Es muß natürlich angenommen werden, daß diese Lage der Dinge auch dem Reichskanzler bekannt waren. Ohne jeden Zweifel war das der Fall, was Litauen anbelangt. Denn abgesehen von der Unabhängigkeitserklärung des litauischen Landtages vom 11. Dezember hatte Hertling kurz darauf selbst — ganz der politischen Richtlinie seiner Reichstagsrede entsprechenden den Litauern die Anerkennung ihres Landes als eines freien und selbständigen Staates in Aussicht gestellt [37]). Ludendorff berichtet, daß dies Mitte Dezember gewesen sei, also offenbar nur einige Tage vor der Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember. Wenn der Kanzler jetzt bei dieser Besprechung erklärte, gegen eine Personalunion keine Bedenken zu haben, so muß sich diese Änderung seiner Auffassung in außerordentlich kurzer Zeit vollzogen haben, was darauf schließen läßt, daß sie vermutlich unter einem äußeren Druck zustandegekommen ist, der bei der Haltung der Obersten Heeresleitung am wahrscheinlichsten als von ihr ausgehend anzunehmen ist. Die Vermutung liegt nahe, daß die Meinungsänderung des Kanzlers direkt hervorgerufen worden ist durch eine der Kreuznacher Besprechung vom 18. vorangegangene Aussprache mit der Obersten Heeresleitung am 17. in Berlin [38]), von der Helfferich berichtet, daß er sich dabei überzeugte, daß „in den

35) Schulthess, Europäischer Geschichtskalender, 1917, Bd. 2, S. 781.
36) Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. 3, S. 340.
37) Erinnerungen, S. 428 und Payer, S. 245.
38) Helfferich, Bd. 3, S. 255 und 258.

wichtigsten politischen und territorialen Fragen eine klare Übereinstimmung weder zwischen uns und unseren Bundesgenossen noch auch zwischen unserer politischen Leitung und der Obersten Heeresleitung vorlag“ [39]).

Da auch Ludendorff in den „Erinnerungen“ speziell gegen dieses den Litauern Mitte Dezember vom Kanzler gemachte Versprechen stark zu Felde zieht und in diesem Zusammenhang ausdrücklich betont, daß demgegenüber die Oberste Heeresleitung „nach wie vor auf dem .... Standpunkt eines engen Anschlusses Litauens an Deutschland in Personalunion mit dem Hause Hohenzollern“ verblieb [40]), so kann fast sicher angenommen werden, daß der plötzliche Stimmungsumschwung des Kanzlers unmittelbar auf die Einwirkung der Obersten Heeresleitung zurückzuführen ist.

Wie dem aber auch sei, auf jeden Fall muß in der kurländisch-litauischen Frage im Vergleich zu der ursprünglichen Stellungnahme Hertlings ein völliges Zurückweichen gegenüber den Absichten der Obersten Heeresleitung festgestellt werden.

Anders dagegen verhält es sich, wie die Aufzeichnungen über die Kreuznacher Besprechung zeigen und wie schon oben angedeutet mit der polnischen Grenzfrage. Hier heißt es, daß „der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes auf die Bedenken aufmerksam machten, die im preußischen Staatsministerium gegen den großen Zuwachs an polnischer Bevölkerung beständen“ [41]). Da andererseits auch die Oberste Heeresleitung von ihrem bekannten Standpunkt in der Angelegenheit offenbar nicht oder nur sehr wenig abging, so kam es gerade wie in der est- und livländischen Frage überhaupt zu keiner endgültigen Lösung.

Es ergibt sich also als Gesamtergebnis der Kreuznacher Besprechung die außerordentliche Tatsache, daß man in die Friedensverhandlungen von Brest hineinging, ohne über zwei der drei strittigen Territorialfragen, die polnische und die estländisch-livländische, eine Einigung erzielt zu haben. In der dritten, der kurländisch-litauischen Frage hatte sich der Wille der Obersten Heeresleitung durchgesetzt.

2. Kapitel.

Die kurländisch-litauische und die polnische Frage bis zum Abbruch der Brester Verhandlungen.

In Kreuznach war über das Schicksal Kurlands und Litauens die Entscheidung gefallen. Eine andere Frage war aber noch, wie das nun auch von der Reichsleitung übernommene Ziel der Obersten Heeresleitung in der Praxis durchzusetzen war. Gewiß, man hätte ja, wie es auch den Absichten der Obersten Heeresleitung entsprach, nach Brest gehen und den Russen einfach die Abtretung der Gebiete

39) Ebenda S. 255.
40) Erinnerungen, S. 428.
41) Volkmann, S. 216.

an Deutschland diktieren können. Aber so unkompliziert erschien der Reichsleitung die Lage nun doch nicht, deshalb nicht, weil sie sich in ihrem politischen Handeln nicht von der Sieg- oder Untergang-Theorie leiten ließ, sondern ihre Politik so zu führen beabsichtigte, daß dadurch nicht der Allgemeinfriede, der für sie immer noch im Bereich des Möglichen lag, ausgeschlossen oder unwahrscheinlicher wurde. Auch innerpolitische Rücksichtnahmen durften nicht übersehen werden. Für die politische Führung stellte sich daher die Aufgabe so, in der Sache das der Obersten Heeresleitung in Kreuznach nun einmal gemachte Zugeständnis zu erfüllen, dafür aber vor der Welt eine Form zu finden, die uns davor bewahrte, als beutegierige Annexionisten zu erscheinen. Das war an und für sich keine neue Idee mehr. Volkmann berichtet darüber in seiner Untersuchung über die Annexionsfragen des Weltkrieges: „Die außerordentlichen Bedenken, die einer einfachen Einverleibung fremdsprachigen und fremrassigen Gebietes entgegenstanden, führten frühzeitig zu einer Unterscheidung zwischen reiner und verschleierter Anexion. Für letztere prägte man auch Begriffe wie „reale Sicherungen", „militärische, wirtschaftliche Angliederung", „Schutzstaat" und dergleichen mehr" [42]).

Mit diesen nicht ganz leicht durchzuführenden Plänen also ging der Staatssekretär Kühlmann in die Brester Verhandlungen hinein. Unter diesem Gesichtswinkel gesehen wird auch sein auf den ersten Blick nicht immer konsequent erscheinendes Verhalten bei den Friedensverhandlungen allein verständlich.

Die erste Schwierigkeit, vor die sich der Staatssekretär mit seinem Vorhaben gestellt sah, ergab sich aus dem Vorschlag der Russen, die Brester Verhandlungen zum Ausgangspunkt nicht nur eines Sonderfriedens, vielmehr eines Allgemeinfriedens zu machen. Zu diesem Zweck unterbreitete der russische Delegationsführer Joffé in der Eröffnungssitzung am 22. Dezember ein aus 6 Punkten bestehendes Programm [43], in dem die Forderung „keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker", als Grundlage des künftigen Friedens aufgestellt wurde, zu dem auch die anderen kriegführenden Völker eingeladen werden sollten. Dieser Gedanke fand vom ersten Augenblick an eine starke Unterstützung von Seiten der österreichischen Delegation. Ihr Führer, Czernin, war entsprechend der alles beherrschenden Tendenz der österreichischen Außenpolitik ebenfalls mit der Absicht nach Brest gekommen, die Verhandlungen möglichst zum Allgemeinfrieden hinzuführen [44]). Er

42) Volkmann, S. 20. Wie man sich die verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten dieser Begriffe dachte, zeigt z. B. die Schrift von Otto von Gierke, Unsere Friedensziele, Berlin 1917, besonders die Kapitel XII—XV.

43) Abgedr. bei Ernst Drahn, Brest-Litowsk, Reden, Aufrufe und Manifeste, S. 17, J. Kreppel, a.a.O. S. 61 und A. A. Ioffe, Mirnye peregovory v Brest-Litovske s 22/9 dekabja 1917 g po 3 marta (18 fevralja) 1918, Tom I, S. 9.

44) Czernin, Über die Politik im Weltkrieg, S. 16.

hatte sogar schon den Entwurf eines Präliminarfriedens mitgebracht, in dem das Selbstbestimmungsrecht für Polen, Kurland und Litauen und der Verzicht auf Kontributionen und Annexionen klar ausgesprochen war[45]). Er stand daher von vorn herein auf derselben Verhandlungsbasis wie die Russen, und demgemäß setzte er sich denn bei Kühlmann für den russischen Gedanken eines Teilnahmeangebotes an die Entente ein[46]).

Eine solche Aufforderung barg unzweifelhafte Vorteile in sich. Es war eine Gelegenheit, vor der ganzen Welt erneut seine Friedensbereitschaft darzutun, jetzt jedoch nicht von sich ausgehend und mit dem Risiko, sie als Schwächezeichen ausgelegt zu sehen wie etwa im Dezember 16, sondern als großmütige Geste auf die Bitte eines vernichteten Gegners hin. Nahmen, was unwahrscheinlich war, die englischen und französischen knock-out-Politiker an, so war damit die Aussicht auf allgemeine Beendigung des Krieges stark in die Nähe gerückt. Lehnten sie ab, waren sie vor aller Welt kompromittiert, wobei noch ein weiterer Vorteil darin lag, daß nach einer Ablehnung des Vorschlages durch die Entente, den Russen der Abschluß eines Separatfriedens sehr viel leichter gemacht wurde, als wenn sie sich, ohne ihre bisherigen Verbündeten zum gleichen Vorgehen aufgefordert zu haben, mit den Mittelmächten an den Verhandlungstisch setzten.

Diesen günstigen Erwägungen mochte sich auch Kühlmann nicht verschließen, und so erklärte er sich grundsätzlich mit der Aufforderung an die Entente zur Teilnahme an einem annexionslosen Frieden einverstanden. Es galt allerdings, dafür im einzelnen eine Formulierung zu finden, in die auch die geplante verschleierte Annexion von Kurland und Litauen paßte. Das geschah in einer von ihm und Czernin abgefaßten Antwort auf den russischen Vorschlag, die am 25. Dezember verlesen wurde[47]). In ihr machte Kühlmann sehr geschickt gewisse, unausgesprochene Vorbehalte, mit deren Hilfe er im geeigneten Augenblick trotz der scheinbaren Anerkennung des Annexionsverzichtes die Besitznahme Kurlands und Litauens doch durchzuführen hoffte.

Da bei der Haltung der führenden Ententestaatsmänner der Vorschlag des tatus quo ante bellum kaum Aussicht auf Annahme hatte — denn das hätte Verzicht Clemenceaus auf Elsaß-Lothringen und Italiens auf seine im Londoner Protokoll vom April 1915 festgesetzten Eroberungen bedeutet —, so sah Kühlmann eine genügende Sicherheit darin, daß der Annexionsverzicht nur für den allgemeinen Frieden vorausgesetzt werden sollte. Wenn der, wie zu erwarten war, in Brest noch nicht kam, so war dann noch immer Zeit, den Russen gegenüber eine Taktik zu finden, die einen Anschluß der Gebiete an Deutschland ermöglichte. Ein zweiter Vorbehalt lag darin, daß man in der Erklärung absichtlich davon sprach, daß eine „g e w a l t s a m e"

45) Ebenda.
46) Czernin, Im Weltkrieg, S. 305—06.
47) Abgedr. bei Drahn, S. 17—19, J. Kreppel, S .62—65 und Ioffe, a.a.O. S. 10.

Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden waren, nicht in der Absicht der Verbündeten Regierungen liege

Hier wollte Kühlmann, wenn die Ablehnung der Entente erfolgt war, den Hebel ansetzen und zwar mit Hilfe einer besonderen Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes, die die geplante Annexion als nicht „gewaltsam" erscheinen lassen sollte. General Hoffmann berichtet darüber: „Er (Kühlmann) war der Ansicht, daß die Regelung der Frage der Randstaaten Polen, Litauen und Kurland nicht in das Gebiet von Annexionen falle, sondern daß die gesetzlich dazu berufenen Vertreter der Staaten schon vor längerer Zeit beschlossen hätten, sich freiwillig von Rußland zu trennen und die weitere Regelung ihrer zukünftigen staatsrechtlichen Stellung Deutschland, bzw. den Mittelmächten zu überlassen" [48]). Daß Kühlmann selbst von der objektiven Richtigkeit dieser Äußerung — vorausgesetzt, daß er sie überhaupt in dieser Form des Ausdruck der persönlichen Überzeugung getan hat — nicht durchdrungen sein konnte, braucht, nach dem, was oben über die Zustände in Litauen und Kurland gesagt worden ist, nicht erst betont zu werden.

Der Staatssekretär hatte sich so mit unausgesprochenen Vorbehalten, mit einer machiavellistischen Politik zunächst aus der Affäre gezogen. Der Fuchsbau war fertig, aus dem er, sobald es ihm nützlich schien, den Russen entwischen konnte, um trotz der scheinbaren Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und des Annexionsverzichtes, wenn es soweit war, auf die Angliederung der Gebiete loszusteuern [49]). Der früheste Augenblick dafür konnte allerdings erst dann sein, wenn die 10tägige Frist, die man der Entente zur Entscheidung gab, ohne Erfolg abgelaufen war. Bis dahin mußten die Russen und mußte die Welt in dem Glauben gelassen werden, Deutschland wolle tatsächlich auf allen Landerwerb im Osten verzichten.

Soweit waren die Berechnungen Kühlmanns richtig. Nur eine Größe hatte er falsch eingesetzt, die Oberste Heeresleitung. Obwohl er doch alle diese Diplomatenkniffe letzten Endes anwandte, um ihr Kriegsziel zu erreichen, schien die Oberste Heeresleitung daran noch nicht genug zu haben, sondern wollte nun auch noch die Taktik bestimmen. Ihr Vertreter in Brest, General Hoffmann, wollte bei seiner soldatischen Aufrichtigkeit von den Kühlmannschen Umwegen nichts

48) Aufzeichnungen, S. 199.

49) Helfferich, der selbst auf deutscher Seite an den Verhandlungen in Brest teilnahm, schreibt zu der Frage des Selbstbestimmungsrechtes: „Unsere deutsche Politik hatte sich in ihrer Praxis auch nur mit starken Vorbehalten zu dem Selbsbestimmungsrecht der Völkerschaften der besetzten russischen Gebiete bekannt, indem sie das Recht, an der Gestaltung der Neuordnung der unmittelbar vor unserer Haustür liegenden Gebiete mitzusprechen, tatsächlich ausübte und in den Staatsräten Polens, Litauens und Kurlands hatte Organe schaffen lassen, deren Beschlüsse sie als Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Bewohner jener Gebiete anzusehen gewillt war." (Weltkrieg, Bd. 3, S. 257). Es war eben jener Vorbehalt, den Kühlmann in der Erklärung vom 25. machte, allerdings, wie gesagt unausgesprochen.

wissen und setzte schließlich bei ihm durch, als er sah, daß die Russen tatsächlich von dem kommenden status quo überzeugt waren, daß sie schon am 26. Dezember, also gerade erst einen Tag nach der Festsetzung der Bedenkzeit für die Entente, über ihren Irrtum aufgeklärt wurden, zunächst allerdings noch inoffiziell, gelegentlich eines Tischgespräches [50]) [51]). Aber damit war die Oberste Heeresleitung auch jetzt noch nicht völlig zufriedengestellt. Sie verlangte darüber hinaus nichts weniger als eine öffentliche Erklärung der deutschen und österreichischen Delegationsführer, in der vor aller Welt von den Russen der Verzicht auf Kurland und Litauen gefordert wurde. Czernin schreibt darüber in seinem Tagebuch am 27. Dezember: „Nachmittag. Zunehmende Verschlechterung der Lage. Wütende Telegramme von Hindenburg über „Verzicht auf alles", Ludendorff telephoniert alle Stunden; neue Wutanfälle. Hoffmann sehr gereizt" [52]). An einer anderen Stelle heißt es: „Der Leiter der deutschen Friedensdelegation geriet dadurch in Gefahr, gestürzt zu werden, in welchem Falle wahrscheinlich ein ausgesprochener Exponent der schärfsten militärischen Auffassungen die Leitung der deutschen auswärtigen Politik in die Hände bekommen hätte. Da dies aber auf den weiteren Gang der Friedensverhandlungen nur eine ungünstige Wirkung ausüben konnte, mußte unsererseits alles aufgeboten werden, Herrn v. Kühlmann zu halten" [53]). Das geschah außer in einer Drohung Czernins mit einem österreichisch-russischen Sonderfrieden — von dessen Undurchführbarkeit er selbst aber wie er wieder und wieder betont, überzeugt war [54]) — durch ein gemeinsames Zurückweichen Kühlmanns und Czernins vor dem Ansturm der Obersten Heeresleitung. Es fand seinen Ausdruck in einem Vorschlag für die Artikel 1 und 2 des erstrebten Friedens, den man den Russen am

---

50) Hoffmann, a.a.O. S. 201.

51) Allerdings ist es noch recht zweifelhaft, ob die Bolschewisten wirklich ganz von der Aufrichtigkeit der deutschen Erklärung überzeugt waren. Möglicherweise gaben sie das nur vor, um in dem Augenblick, wenn Kühlmann den Vorhang aufziehen mußte, um so lauter die Beschuldigungen der Heuchelei und des Betruges ausrufen zu können. So schreibt Trotzki (Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag, S. 99): „Die Diplomaten des Vierverbandes schlossen sich der demokratischen Formel eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund der Selbstbestimmung der Völker an. Uns war vollkommen klar, daß es eine pure Heuchelei war." Trotzdem erklärten die Russen, um später die Betrogenen spielen zu können, in einer Kundgebung an die „Völker und Regierungen der verbündeten Länder", „daß die feindlichen Länder (Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien) bereit seien, nach Friedensabschluß die okkupierten Territorien von Belgien, die nördlichen Departements Frankreichs, Serbiens, Tschernigeorgiens, Rumäniens, Polens, Litauens und Kurlands zu räumen, damit das weitere Schicksal der betreffenden Gebiete die daran beteiligte Bevölkerung selbst bestimmen könne (Drahn, S. 20).

52) Czernin, Im Weltkrieg, S. 311.

53) Czernin, Über die Politik im Weltkrieg, S. 18.

54) Die einzelnen Gründe siehe Czernin, Über die Politik im Weltkrieg, S. 5 ff.

27. Dezember im Rahmen von Verhandlungen über Einzelfragen eines deutsch-österreichisch-russischen Friedens machte, mit denen man bis zur Stellungnahme der Entente immer die Zeit ausfüllen wollte. Die beiden Artikel sollten im wesentlichen lauten [55]): 1. „Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. ... Deutschland würde ... bereit sein ... die besetzten russischen Gebiete zu räumen, soweit sich nicht aus 2 ein anderes ergibt 2. Nachdem die russische Regierung für alle im Verband des russischen Reiches lebenden Völker ein bis zur völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist für Polen, sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverband auszuscheiden. Da in diesen Gebieten die Räumung nicht gemäß den Bestimmungen unter 1 vorgenommen werden kann, so, werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei dem irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Feststellung durch eine besondere Kommission vorbehalten."

Damit war Kühlmanns unausgesprochener Vorbehalt, den er bei der Verkündigung des Prinzips „gegen Annexionen für das Selbstbestimmungsrecht" am 25. Dezember heimlich gemacht hatte, öffentlich preisgegeben, ohne daß die Voraussetzung dieser Enthüllung, die Ablehnung des allgemeinen Friedens durch die Entente, schon erfüllt gewesen wäre. Zwar suchte er noch zu retten, was zu retten war, indem er ein späteres „Volksvotum auf breiter Grundlage" in Aussicht stellte, aber da er dies an die Voraussetzung einer deutschen Besetzung der Gebiete knüpfte, war natürlich die Wirkung des Versprechens von vornherein, besonders, nachdem nun einmal daß Mißtrauen der Russen geweckt war, gleich Null. Denn nach dieser ersten großen Enttäuschung mußten die Russen verständlicherweise die Überzeugung gewinnen, daß die von Kühlmann geforderte Besatzung bei der Abstimmung nur dazu dienen sollte, das Ergebnis durch gewaltsame Eingriffe irgendwelcher Art zu Gunsten Deutschlands zu verfälschen. Auf der anderen Seite bestanden natürlich dieselben Befürchtungen bei der deutschen Delegation über eine Abstimmung bei russischer Besatzung, mit der man im Falle einer Räumung der Gebiete durch die deutschen Truppen rechnete. Und wie sehr dieses gegenseitige Mißtrauen auch berechtigt war, geht am besten daraus hervor, daß von beiden Seiten ein Vorschlag Czernins, die Abstimmung unter Kontrolle einer neutralen Macht durchzuführen, abgelehnt wurde [56]), eben weil jeder der beiden wußte, daß ein unbeeinflußtes Votum nicht seine wirklichen Absichten auf die Länder er-

55) Drahn, S. 27 und mit geringem textlichen Unterschied Kreppel, S. 68—69, und Ioffe, S. 29.

56) Czernin, Im Weltkrieg, S. 309.

füllen würde, sondern daß dies nur unter einem gewissen Druck von seiner Seite aus zu erreichen war. So wurde denn die Frage: Volksabstimmung unter deutscher oder russischer Besatzung von nun an das eigentliche Verhandlungsobjekt in Brest. Das wäre es zwar auch nach Kühmanns ursprünglichem Projekt geworden, nur eben mit dem Unterschied, daß es im richtigen Augenblick dazu gekommen wäre und nicht schon am 27. Dezember, als es in die Verhandlungslage garnicht hineinpaßte. Es muß jedoch hier darauf verzichtet werden, dieser weiteren Entwicklung der Brester Verhandlungen nachzugehen, da sie zunächst für das uns beschäftigende Thema, das sich auf die Schilderung der Verhältnisse im deutschen Lager beschränkt, unbedeutend ist.

Abschließend kann also in der Behandlung der litauisch-kurländischen Frage festgestellt werden, daß, nachdem die Reichsleitung in Kreuznach schon in der Zielsetzung nachgegeben hatte, sie sich nun ganz wesentlich auch noch in der Verhandlungstaktik zur Erreichung des Zieles von der Obersten Heeresleitung bestimmen ließ.

Die Frage, weshalb die Oberste Heeresleitung die von Kühlmann eingeschlagene Taktik nicht billigte, ist nicht ganz leicht zu entscheiden. Für die Oberste Heeresleitung war besonders eins von größter Bedeutung. Sie wollte im Frühjahr im Westen durch die geplante große Offensive die Entscheidung des Krieges herbeiführen. Dazu brauchte sie alle irgendwie verfügbaren Truppen und dies sobald wie möglich, da ihr sonst, wie Ludendorff meinte, „der Amerikaner auf den Hals kommen würde“ [57]). Ein glatter Diktatfriede mit Rußland, der im Dezember, spätestens im Januar hätte abgeschlossen sein können, hätte in diesem Augenblick mit einem Schlage alle Osttruppen mit Ausnahme geringer Besatzungskräfte in Kurland und Litauen für den Westen freigemacht. Dasselbe Ergebnis hätte allerdings auch ebenso schnell ein vorbehaltloser status quo — Friede gebracht. Ein Mittelding aber, mit so komplizierten Verhandlungspraktiken, wie sie Kühlmann ersann, um gleichzeitig den Kriegszielen der Obersten Heeresleitung und dem deutschen Ansehen in der Welt gerecht zu werden, mußte die Friedensverhandlungen in einem Maße in die Länge ziehen, das den militärischen Plänen der Obersten Heeresleitung gefährlich werden konnte.

Ganz sicher hat sich die Oberste Heeresleitung von diesen Gesichtspunkten leiten lassen [58]). Darüber hinaus scheint es aber auch so, als ob Hindenburg und Ludendorff Kühlmanns versteckte Absichten nicht durchschaut haben. Sie haben offenbar die Erklärung vom 25. Dezember selbst für bare Münze genommen. Das geht her-

57) R. Fester, Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges, München 1925, S. 228.

58) Ludendorff K. u. P., S. 284: „Die Politik hatte, anstatt klare Forderungen zu stellen, die anzunehmen oder abzulehnen waren oder zum mindesten als Grundlage für die Verhandlungen zu dienen hatten, einen Weg beschritten, der zu langen zwecklosen Auseinandersetzungen führen und die Verhandlungen in die Länge ziehen mußte. Das widersprach der Kriegslage vollständig.“ Ebenso Erinnerungen, S. 437, 6. Abschnitt.

vor aus Ludendorffs Worten in diesem Zusammenhang: „Zu diesen schweren Schädigungen kam hinzu, daß es zweifelhaft war, ob Deutschland die Grenzen erhalte, die für seinen Bestand als Großmacht unumgänglich notwendig waren“ [59]); oder: „Nichts deckte sich mit den unter dem Vorsitz seiner Majestät am 18. Dezember getroffenen Festsetzungen. Unsere Zukunft im Osten wurde in Frage gestellt. Wie die Letten sich jetzt verhalten würden, war nicht zu übersehen“ [60]). Man sieht, daß die Oberste Heeresleitung von Kühlmanns Hintertür augenscheinlich nichts geahnt hat.

Aber man wird dabei auch noch eine Möglichkeit im Auge behalten müssen, an die auch die Oberste Heeresleitung gedacht haben mag. Vielleicht hat Kühlmann doch noch im Grunde seines Herzens ein klein wenig Hoffnung auf einen wirklich annexionslosen Frieden gehabt. Der Gedanke könnte auftauchen, wenn man bei Helfferich ließt, er habe von Kühlmann bei den Besprechungen am 17. und 18. Dezember, als die Annexion Kurlands und Litauens als Ziel festgesetzt wurde, den Eindruck gewonnen, daß dieser „sich zu sehr auf seinen guten Stern verließ und darauf rechnete, es werde sich schließlich doch alles zurecht ziehen“ [61]). Auch Czernin berichtet, daß, wäre damals die Entente zu einem allgemeinen Frieden bereit gewesen (nach dem 25. Dezember), das Prinzip „keine Annexionen“ vollkommen durchgedrungen wäre [62]).

Allerdings kann diese Hoffnung Kühlmanns, falls sie wirklich bestanden haben sollte, nicht sehr stark fundiert gewesen sein, sonst hätte er wohl nicht so schnell den Angriffen der Obersten Heeresleitung nachgegeben.

Wie dem aber auch sei, das Wesentliche ist, daß es Kühlmann nicht gelungen ist, die Zerstörung seines so fein gesponnenen diplomatischen Netzwerkes durch die Eingriffe der Obersten Heeresleitung zu verhindern. Allerdings hat auch diese nicht allzu viel Nutzen davon gehabt. Denn ihre Hauptforderung, den Frieden so schnell wie nur möglich zustande zu bringen, um schlagartig alle Osttruppen nach dem Westen werfen zu können, wurde trotzdem nicht erfüllt. Zu einem glatten Diktatfrieden war Kühlmann nach allem auch jetzt noch nicht bereit. Noch suchte er im Kampf um die Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes nach außen hin den Schein des Antiannexionisten zu wahren. Dieser Kampf aber zog sich zum größten Verdruß der Obersten Heeresleitung wochenlang hin. Das Eine jedoch war erreicht: Die vielleicht noch bestehende Gefahr, daß sich aus der Erklärung vom 25. Dezember mit oder ohne den leisen Wunsch Kühlmanns der status quo-Friede entwickeln würde, war endlich gebannt. Und so war es denn möglich, daß bei Besprechungen, die am 1. und 2. Januar in Berlin zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung stattfanden, die kurländisch-litauische Frage stark in den Hinter-

59) K. u. P. S. 285.
60) Erinnerungen, S. 437.
61) Weltkrieg, Bd. 3, S. 260.
62) Czernin, Über die Politik im Weltkrieg, S. 18.

grund trat gegenüber dem erneuten Auftreten des deutsch-polnischen Grenzproblems.

Hierin waren ja, wie erinnerlich, eine Entscheidung bei der Kreuznacher Besprechung am 18. Dezember nicht gefallen. Es war noch immer Aufgabe der deutschen Politik in dieser Frage eine endgültige Lösung zu finden. Bei einem am 2. Januar im Schloß Bellevue abgehaltenen Kronrat war es nun der Kaiser, der noch einmal das Problem aufwarf. Am Tage vorher hatte der General Hoffmann bei ihm Vortrag gehalten. Dabei mußte der General auf Verlangen des Kaisers und wie Hoffmann berichtet, gegen seinen eigenen ausdrücklichen Wunsch [63]) auch seine Meinung zum polnischen Grenzstreifen darlegen. Hoffmann, der aus bevölkerungspolitischen Erwägungen heraus grundsätzlich Gegner großer polnischer Annexionen war, erklärte dem Kaiser und überzeugte ihn auch davon, daß zur Sicherung unserer Grenzen gegen Polen nur „die Wegnahme kleiner Streifen bei Bendzin und Thorn, die Höhen von Mlawa und der Bobrübergang Osowiec" notwendig seien [64]). Gegenüber den von der Obersten Heeresleitung geforderten Annexionen mit rund 2 Millionen Polen hätten uns diese Grenzsicherungen nur ungefähr einen Zuwachs von 100 000 Menschen fremder Nationalität gebracht.

Im Kronrat selbst, am 2. Januar rollte nun der Kaiser selbst die Frage auf, indem er zugleich eine Karte vorlegte mit einer den Vorschlägen Hoffmanns gleichkommenden Grenzführung für deren Richtigkeit er sich entsprechend seiner in der Unterredung mit dem General eingenommenen Haltung aussprach.

Dieser ganze Vorgang des Wiederaufwerfens der polnischen Grenzfrage ist nur verständlich, wenn einem die Voraussetzung dazu bekannt ist, nämlich die Tatsache, daß am 18. Dezember in Kreuznach darüber n i c h t entschieden worden war. Ludendorff, der diesen Tatbestand, wie schon gesagt, bestreitet [65]), hat es daher auch nicht ganz leicht, eine Erklärung für die Wiedererörterung der Frage zu konstruieren. Er versucht es, indem er schreibt: „Gaf Czernin hat seine Anwesenheit in Brest benutzt, um vom Staatssekretär von Kühlmann eine Verschmälerung des Grenzstreifens gegen den Beschluß vom 18. Dezember zu erreichen. Dieser muß wohl hierauf eingegangen sein und hatte auch die Zustimmung des Generals Hoffmann gefunden, der daraufhin zum Vortrag zu Seiner Majestät dem Kaiser befohlen war" [66]). Die ganze Theorie, die Ludendorff selbst ja durch das Wort „wohl" schon etwas in Zweifel zieht, ist in keiner Weise überzeugend. Abgesehen davon, daß unseres Wissens eine Beeinflussung Kühlmanns durch Czernin in diesem Sinne nirgends nachweisbar ist — sie wäre, wie die jetzt veröffentlichten Aufzeichnungen vom 18. Dezember zeigen, auch garnicht mehr nötig gewesen — bleibt ganz ungeklärt, wie nun der Kaiser trotz des angebli-

63) Aufzeichnungen, S. 204.
64) Ebenda.
65) Siehe o. S. 7 ff.
66) Erinnerungen, S. 438—39.

chen „Beschlusses" vom 18. Dezember darauf kam, den General Hoffmann in der polnischen Frage zum Vortrag zu befehlen, es sei denn, daß er selbst mit Kühlmann unter einer Decke steckte, aber dann hätte er sich wiederum keine Bestätigung seiner Meinung mehr von Hoffmann zu holen brauchen [67]).

Die Wiedererörterung der Frage selbst führt nun den Gegensatz zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung auf den Höhepunkt. Zunächst kam es im Kronrat zu einer recht peinlichen Szene, als Ludendorff offenbar in nicht sehr taktvoller Form dem Vorschlag des Kaisers heftig Widerstand leistete [68]). Er erreichte dadurch, daß die endgültige Entscheidung weiter hinausgeschoben wurde bis sich die Oberste Heeresleitung noch einmal grundlegend zu der Frage äußern könnte.

Eine weitere Steigerung erfuhr die Gespanntheit der Lage dann dadurch, daß im Anschluß an die Vorgänge im Kronrat die Oberste Heeresleitung dem Kaiser ihre Entlassung anheimstellte [69]). Dies führte, da die Reichsleitung daraufhin der Obersten Heeresleitung das Recht bestritt, wegen der in erster Linie politischen Angelegenheit der Gebietserweiterungen, die Kabinettsfrage zu stellen, zu einer eingehenden Auseinandersetzung zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung über die gegenseitige formelle Abgrenzung der Verantwortung, d. h. zu einer Verschiebung der Diskussion auf eine ganz andere Ebene. Es muß daher auch hier auf eine Darstellung dieser Auseinandersetzung verzichtet werden, zumal sich auch für ihr eigentliches Streitobjekt, die Verantwortungsabgrenzung, in der Praxis dadurch kaum etwas änderte [70]). Zwar sind bei dieser Gelegenheit von beiden Seiten auch Territorialfragen des Ostens behandelt worden, ohne daß jedoch irgendwo andere Argumente als die uns schon bekannten vorgebracht worden wären. Interessant für unseren Zusammenhang ist allerdings eine vollkommen eindeutige Feststellung Hertlings, zu der er aus diesem Anlaß einmal in der polnischen Grenzstreifenfrage geführt wird und die deshalb hier nicht unerwähnt bleiben soll. Sie zeigt, wie die Reichsleitung unter dem Eindruck der aus ihrer Gesamtübersicht über die außen- und innenpolitische Situation sich ergebenden Auffassung zwangsläufig in einen Gegensatz zu den Forderungen der Obersten Heeresleitung geraten mußte. Hertling schreibt: „Die Bedeutung gesicherter Grenzen ist auch von mir keinen Augenblick verkannt worden. Mein Streben ist unablässig darauf gerichtet, die Grenzgestaltung nach

67) Die Darstellung Nowaks in „Sturz der Mittelmächte" (S. 19)., nach der Ludendorff selbst die Frage im Kronrat aufgeworfen haben soll, ist unhaltbar.

68) Vgl. Hoffmann, Aufzeichnungen, S. 205, Nowak, Sturz der Mittelmächte, S. 20, Ludendorff, Erinnerungen, S. 439.

69) Brief Hindenburgs an den Kaiser vom 7. Januar (Schwerdtfeger, Die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit, S. 101). Vgl. dazu Schwerdtfegers Bemerkung S. 36 über den bei Ludendorff in den „Urkunden" abgedruckten Wortlaut des Briefes.

70) Alles Nähere bei Schwerdtfeger.

dem Kriege so günstig als möglich zu machen. Hierbei muß aber in Betracht gezogen werden, daß die Grenzsicherung nicht unter allen Umständen eine rein militärische zu sein braucht. Nicht nur die militärisch-technische Unmöglichkeit für unsere Nachbarn, die Grenze zu überschreiten, sichert uns, sondern auch der feste Wille dieser Nachbarn, mit uns in gutem Einvernehmen zu stehen. Eine militärisch-technisch unanfechtbare, aber politisch und materiell in die Interessen unserer Nachbarn tief eingreifende Grenzsicherung, könnte zur Folge haben, daß wir gerade dadurch den Keim für die künftigen Konflikte legen ...." [71]).

Weiter heißt es: „Endlich haben Gebietserweiterungen dieser Art verfassungsmäßig die Mitwirkung des Reichstags und soweit Preußen in Frage kommt, des preußischen Landtags zur Folge, von denen beiden es zweifelhaft ist, wie sie sich z. B. zu der Erwerbung größerer, von Polen bevölkerter Gebietsteile stellen würde."

Ihren stärksten Ausdruck findet diese Betrachtungsweise in dem Satz: „Ich kann übrigens, so hoch ich den militärischen Wert der Erwerbung gewisser Grenzschutzstreifen auch einschätze, keinesfalls zugeben, daß wegen eines geringen Plus oder Minus dieser Streifen die gesamte deutsche Politik aus ihrer Bahn geworfen werden sollte" [72]). Mit diesem Satz rührte Hertling schon an die charakterlichen und weltanschaulichen Gegensätze, die wir oben als eigentlichen Hintergrund des Kampfes um die Ostannexionen erkannt haben; denn er spricht es hier klar aus, daß die Forderungen der Obersten Heeresleitung nicht mehr technisch-militärischer Art, sondern vielmehr in einem Maße politisch waren, daß die ganze künftige Stellung Deutschlands in der Welt davon entscheidend beeinflußt wurde.

In der polnischen Grenzfrage selbst, führten aber auch diese Erörterungen, wie gesagt, nicht zu einer Entscheidung. Allerdings scheint es doch in den nächsten Wochen zu einer Annäherung der gegensätzlichen Meinungen gekommen zu sein. Volkmann berichtet, daß in einer auf Wunsch des Kaisers am 23. Januar erfolgten Rücksprache zwischen Hindenburg, Ludendorff und dem Grafen Hertling die Oberste Heeresleitung einen neuen Vorschlag unterbreitet hätte, der sich etwa in der Mitte hielt, zwischen der bisher von der Obersten Heeresleitung geforderten Linie und den von Hoffmann am 2. Januar vorgeschlagenen Grenzkorrekturen [73]). Eine Bestätigung dieser Mitteilung läßt sich allerdings nirgends finden. Da Volkmann als Reichsarchivrat und Berichterstatter des Untersuchungsausschusses aber Einblick in die Akten hatte, ist anzunehmen, daß seine Kenntnis von der Sitzung vom 23. Januar aus den Akten stammt. Wir werden also die Mitteilung von der Annäherung der beiden Seiten als wahr unterstellen können.

---

71) Ludendorff, Urkdd. S. 460.
72) Ebenda, S. 462.
73) Volkmann, S. 115.

Bei der Beurteilung dieses kompromißartigen Ergebnisses in der polnischen Grenzfrage wird man — das liegt ja im Wesen eines Kompromisses — davon ausgehen müssen, daß bei beiden Oponenten bestimmte Schwächemomente vorhanden gewesen sein müssen, die zu einem Ablassen von der ursprünglich aufgestellten Forderung geführt haben. Diese Schwäche wird auf Seiten der Obersten Heeresleitung wahrscheinlich in der im Vergleich zur Gegenseite geringeren sachlichen Überzeugungskraft der eigenen Argumente gelegen haben. Dabei mag besonders die Tatsache mitgesprochen haben, daß neben den an sich schon schwerwiegenden politischen Gegengründen der Reichsleitung in der Person des Generals Hoffmann nun auch noch ein anerkannter Sachverständiger vom militärisch-fachlichen Standpunkt aus die großen polnischen Annexionspläne der Obersten Heeresleitung für unnötig erklärt hatte. Die Schwäche der anderen Seite muß man vor allem in der Person des Kanzlers selbst annehmen, der, obwohl er schon die stärkeren Argumente und schließlich noch das Gutachten Hoffmanns auf seiner Seite hatte, es doch nicht fertig brachte, gegenüber den starken Persönlichkeiten Ludendorffs und Hindenburgs seinen Willen ganz durchzusetzen. Umsomehr aber muß diese Schwäche der Reichsleitung zur Kritik herausfordern, wenn man bedenkt, daß nach der allgemein herrschenden Ansicht über das Verhältnis von Kanzler zur militärischen Führung dieser überhaupt nicht verpflichtet gewesen wäre, auf die Forderungen des Militärs einzugehen, wenn sie ihm nicht in seine politischen Bestrebungen paßten.

Im ganzen gesehen, wird man bis hierher die Haltung der Reichsleitung in der Verteidigung ihrer ursprünglichen Position gegen den Ansturm der Obersten Heeresleitung als sehr schwach bezeichnen müssen. Vor allem ist sie das in der kurländisch-litauischen Frage. Auch die Reichsleitung selbst konnte sich dies nicht verhehlen, und so nimmt es denn nicht weiter Wunder, wenn Kühlmann, gedrängt auch von der scharfen Kritik der Mehrheitsparteien, versucht, die Reichsleitung vor dem Reichstag zu entlasten. Bei dem nun einmal nicht zu leugnenden Umfall in der kurländisch-litauischen Frage, der sich natürlich auch den Nichteingeweihten aus dem Verlauf der Brester Verhandlungen, die bekanntlich auf Wunsch der Bolschewisten öffentlich waren, zeigen mußte, war dieses Unternehmen nicht einfach. Und in seiner Not griff daher Kühlmann zu dem Mittel, den ganzen Verlauf der Dinge so darzustellen, als sei die Regierung schon durch gewisse Festlegungen aus der Zeit vor ihrer Amtstätigkeit in ihrer Handlungsfreiheit gebunden gewesen. In einer Rede im Hauptausschuß des Reichstags vom 25. Januar erklärte er daher u. a. Folgendes: .... diese teilweise sehr geistreichen Ausführungen (der Parteivertreter zu den Friedensverhandlungen) entbehren aber deshalb jeder Grundlage, weil ..... der Ursprung der von uns vertretenen Politik weit zurückliegt. Sie hängt organisch zusammen mit der Schaffung eines selbständigen Polens .... Ich kann nicht mit voller Sicherheit dokumentarisch sagen, zu welcher Zeit die Politik, die für uns

ein Spezialinteresse an den westlichen Randstaaten des ehemaligen russischen Kaiserreiches, Kurland, Litauen und Polen, festsetzte, bei uns endgültig niedergelegt worden ist. Es haben mir jedenfalls Akte aus dem Frühjahr 1917 vorgelegen, wo noch unter der Kanzlerschaft des Herrn von Bethmann-Hollweg die Politik in dem Umfange, wie sie jetzt vertreten worden ist, maßgebend niedergelegt worden ist“ [74]).

Es kann sich bei diesen „Akten aus dem Frühjahr 1917“ nur um die schon erwähnten Abmachungen zwischen Bethmann und Czernin vom 17. und 18. Mai und um die Kriegszielvereinbarungen zwischen Oberster Heeresleitung und Bethmann vom 23. April handeln. Davon scheidet die erste als Entlastungsgrund für die Reichsleitung von vornherein deshalb aus, weil die darin gemachten Festlegungen der deutschen Kriegsziele von österreichischer Seite gesehen nur Zugeständnisse waren. Österreich hätte ja am liebsten gar keine deutschen Annexionen gesehen, um so schnell wie möglich zum Frieden zu kommen und in sofern konnte sich eine Verpflichtung der Reichsleitung für die von ihr in Brest eingeschlagene Politik garnicht ergeben. Österreich hätte auf die Innehaltung einer „Verpflichtung“ Deutschlands zur Annexion Kurlands und Litauens keinen Augenblick bestanden.

Es bleibt also nur die Abmachung mit der Obersten Heeresleitung vom 23. April, in der ja, wie erinnerlich, Kurland, Litauen, sowie zum ersten Mal auch Teile von Est- und Livland und die Inseln im Rigaischen Meerbusen als Kriegsziel aufgestellt worden waren. Die Frage ist nun, in wieweit diese Vereinbarungen von staatsrechtlich bindender Wirkung waren.

Bethmann selbst betont in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“ ausdrücklich, daß er dem Programm vom 23. April genau wie auch allen anderen Kriegszielvereinbarungen mit der Obersten Heeresleitung nur akademische Bedeutung beigelegt habe [75]). Zum Beweis führt er an, daß er z. B. sich in keiner Weise von dem am 23. April aufgesetzten Programm habe leiten lassen, als er am 26. Juni dem Nuntius Pacelli auf dessen Erkundigungen nach den deutschen Kriegszielen antwortete [76]), ebenso, wie er am 29. Januar 1917 dem Präsidenten Wilson deutsche Kriegsziele mitgeteilt habe, die „sehr merklich“ von den im Dezember 1916 mit der Obersten Heeresleitung vereinbarten abgewichen wären.

Bethmann hat sich auch nach der Äußerung Kühlmanns im Hauptausschuß in einem Brief an den Kanzler [77]) ganz ausdrücklich und — man kann sagen — überzeugend dagegen verwahrt, als sei die Kriegszielpolitik der Reichsregierung seit dem 23. April 1917 für immer in einer bestimmten Richtung festgelegt worden. Er schreibt u. a.: „Das Kreuznacher Protokoll vom 23. April ist nichts als ein Internum, zwischen der militärischen und politischen Leitung, das schon

74) Schulthess, 1918, Bd. 1, S. 30.
75) Bethmann-Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, S. 153—54.
76) Bethmann-Hollweg, S. 212—13.
77) Abgedr. bei Schwerdtfeger, S. 129 ff.

mich nicht band, wenn es zu tatsächlichen Friedensverhandlungen kam, geschweige denn, daß sich daraus irgendwelche Verpflichtungen für meinen Nachfolger herleiten ließen".

So weit der eine Partner der Kreuznacher Abmachung.

Aber auch die Oberste Heeresleitung hat augenscheinlich nicht an eine dauernde Wirkung dieser und ähnlicher Abmachungen geglaubt. So meint Ludendorff: „Naturgemäß war auch je nach der Kriegslage, aus der heraus der Friedensschluß zustande kommen würde, zu entscheiden. Die Kriegsziele der Obersten Heeresleitung haben nie als Grundlage für Verhandlungen gedient... Sooft Verhandlungen möglich schienen, wurden als Grundlage für sie zwischen Politik und Kriegführung Kriegsziele besonders festgelegt" [78]). Daraus geht doch klar hervor, daß auch in den Augen der Obersten Heeresleitung die April-Vereinbarungen nur für den Augenblick berechnet waren. Wenn es nicht so gewesen wäre, wäre ja auch garnicht zu verstehen, weshalb seit den Abmachungen vom 23. April immer wieder neue Kriegszielbesprechungen stattgefunden haben, so die mit Michaelis am 9. August, die mit Kühlmann und Czernin im November und schließlich die Kreuznacher am 18. Dezember. Es ist auch auffallend, daß die Oberste Heeresleitung bei den Vorwürfen, die sie gegen Kühlmanns Brester Verhandlungspraxis erhob, immer nur behauptete, daß er sich damit — z. B. mit der Erklärung vom 25. Dezember — in Gegensatz zu der Kreunacher Besprechung vom 18. Dezember gesetzt habe, nie aber führt sie gegen den Staatssekretär das Programm vom 23. April an, was doch, wenn es sich wirklich um eine bindende Festlegung gehandelt hätte, sicher geschehen wäre. Die Oberste Heeresleitung hätte auf den Gebrauch einer so scharfen Waffe in ihrer Hand sicher nicht freiwillig verzichtet.

Kühlmanns Rechtfertigungsversuch auf dieser Basis muß also als verfehlt angesehen werden. Im Augenblick allerdings konnte er vielleicht seine Wirkung haben, da ja im Reichstag niemand die „Akte aus dem Frühjahr 1917" kannte und man Kühlmann deshalb auch nicht das Gegenteil von seiner Behauptung über das Gebundensein der Regierung daraus beweisen konnte. Uns aber muß dieses Verhalten des Staatssekretärs vielmehr als Eingeständnis der Schwäche der Reichsleitung erscheinen. Denn wenn sie selbst nicht in der Lage war, ihre Schwenkung in der östlichen Kriegszielpolitik aus innerster Überzeugung als Notwendigkeit zu beweisen, sondern dazu eines vorgeschobenen, in Wirklichkeit nicht vorhandenen Tatbestandes bedurfte, so kann sie diese Schwenkung eben nur gegen ihren Willen unter dem Druck anderer, mächtigerer Faktoren, mit anderen Worten, unter dem Druck der Obersten Heeresleitung vollzogen haben.

---

78) K. u. P., S. 250—51. Vergl. auch Erinnerungen, S. 418: „Alles was die Oberste Heeresleitung in Bezug auf Kriegsziele mit dem Reichskanzler besprach, waren theoretische Erörterungen. Jeder wußte, daß allein das

3. Kapitel.

Das Akutwerden der livländisch-estländischen Frage.

Der Kampf zwischen Kühlmann und Trotzki, dem Nachfolger Joffés als russischem Delegationsführer, um die Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes und um die Frage der Besatzung im Falle eines Volksvotums hatte sich schon monatelang hingezogen [79]). Noch immer suchte Kühlmann durch seine diplomatische Hintertür den Russen zu entgehen und immer wieder hinderte ihn Trotzki daran, indem er eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten nach der Räumung durch die deutschen Truppen forderte. Schließlich, als der Russe sah, daß Kühlmann von seiner Auffassung nicht abzubringen war und auch wohl, nachdem er in seinen Reden genug bolschewistische Propaganda getrieben zu haben glaubte, bereitete er am 10. Februar dem ganzen Hin und Her mit seiner Erklärung, daß Rußland ohne Unterzeichnung eines Friedensvertrages den Kriegszustand mit den Vierbundmächten als beendet ansehe und seine Armee demobilisiere, ein Ende.

Damit war eine völlig neue Situation geschaffen, die Kühlmann noch im gleichen Augenblick dahin präcisierte, daß die kriegerischen Unternehmungen durch den Waffenstillstandvertrag eingestellt seien, aber beim Wegfall dieses Vertrages von selbst wieder aufleben würden. Da aber mangels Abschluß eines Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstandes verschwinde so würden also die Kriegshandlungen nach Ablauf der vorgesehenen Frist wieder aufleben. Die Tatsache, daß die eine von den beiden Parteien demobilisiere, würde hieran weder tatsächlich noch rechtlich etwas ändern [80]).

Diese Erklärung war im Augenblick eine glänzende Parade auf den Schlag Trotzkis. Sie konnte geeignet sein, die Russen unter Drohung der Wiederaufnahme des militärischen Kampfes zum Weiterverhandeln zu zwingen. Tatsächlich hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Dagegen trat eine andere Konsequenz ein, die Kühlmann im höchsten Grade unangenehm war, daß nämlich die Oberste Heeresleitung sich seine Auslegung der Situation zu eigen machte.

Es ist nicht sicher festzustellen, ob Kühlmann im Augenblick der Abgabe seiner Erklärung im Ernst an die Weiterführung des Krieges gedacht hat, oder ob er sich nur des Gedankens als Repressalie gegen die Russen bedienen wollte. Fest steht, daß er noch am selben Abend in einer Beratung der Vertreter Österreichs und Deutschlands sich für die Annahme des durch Trotzkis Erklärung geschaffene Friedens via facti erklärte [81]). Die gefährlichen Konsequenzen, zu denen

---

Kriegsende auf den Frieden bestimmend einwirken würde und daß von Fall zu Fall entscheiden war."

79) Über den Gang der Verhandlungen im einzelnen siehe J. Kreppel und Ioffe.

80) J. Kreppel, S. 202, Helfferich, Bd. 3, S .288, und Ioffe, S. 209.

81) Helfferich, Bd. 3, S. 289, Czernin, Im Weltkrieg, S. 412, Hoffmann, S. 214.

seine so schlagfertig gegebene Erklärung führen mußte, scheinen ihm in der Zwischenzeit erst recht klar geworden zu sein. Wiederaufnahme der Kriegshandlungen, das mußte bei dem tatsächlich so gut wie aufgelösten russischen Heer gleichbedeutend sein mit einem ungehemmten deutschen Vormarsch, mit einer weiteren Okkupation von großen Gebieten noch zu den schon besetzten hinzu. Die Gefahr erhob sich vor Kühlmanns Augen, daß der Annexionismus im Osten sich außer Kurland und Litauen noch anderer Objekte bemächtigen würde. Er kannte die Ambitionen der Obersten Heeresleitung auf Estland und Livland, kannte sie aus dem Kriegszielprogramm vom 23. April und aus der Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember. Sogar erst vor ein paar Tagen hatte er, da die Verhandlungen mit Trotzki nicht vorankamen, während gleichzeitig die Bolschewisten in Funksprüchen die deutschen Soldaten zur Ermordung ihrer Offiziere aufforderten, vom Kaiser auf Antrag der Obersten Heeresleitung den Befehl bekommen, binnen 24 Stunden den Diktatfrieden herbeizuführen, der nicht nur Kurland und Litauen ohne Selbstbestimmungsrecht der Völker an Deutschland bringen sollte, sondern außerdem auch noch Livland und Estland[82]). Nur mit Mühe hatte Kühlmann die Zurücknahme des Auftrages erwirken können. Aber er hatte daraus erkannt, wie die Dinge laufen würden, wenn die Oberste Heeresleitung sich durchsetzen würde. Daß, wenn die deutschen Truppen erst einmal das ganze Baltikum besetzt hatten, die Oberste Heeresleitung niemals mehr die Gebiete herausgeben würde, mußte für ihn ohne jeden Zweifel sein. Das aber mußte der Reichsleitung bei ihrer inneren Einstellung zum Annexionismus, die sie schon die Entwicklung der kurländisch-litauischen Frage nur widerstrebend mitmachen ließ, als unerträglich erscheinen.

Es mag Kühlmann nach seinem ausgezeichneten Gegenschlag gegen Trotzki himmelangst geworden sein bei dem Gedanken, daß sich nun die Oberste Heeresleitung der Geister bemächtigen könnte, die er selbst gerufen hatte.

Und tatsächlich trat das Gefürchtete ein. Bei der noch am Abend des 10. Febeuar abgehaltenen Beratung der Vertreter Deutschlands und Österreichs stellte sich als Einziger der General Hoffmann auf den von Kühlmann am Vormittag gegen Trotzki dargelegten Standpunkt, an dem der Staatssekretär nun selbst natürlich nicht mehr festhielt[83]). Wie nicht anders zu erwarten, stimmten auch Ludendorff und Hindenburg Hoffmanns Haltung zu und forderten den Vormarsch deutscher Truppen gegen Rußland und zwar in der Ukraine, in Estland und Livland.

Ludendorff zählt in seinen „Erinnerungen" die Gründe auf, die für die Oberste Heeresleitung dabei maßgebend gewesen seien. Er meint, jeder Augenblick hätte das Wiedererstarken der russischen

82) Czernin, Im Wetkrieg, S. 336, Hoffmann, S. 214, Ludendorff, Erinnerungen, S. 446.

83) Hoffmann, S. 214, Czernin, Im Weltkrieg, S. 412.

Front und damit ein Wiederaufleben der militärischen Kampfhandlungen im Osten bringen können [84]). Diese Reorganisation der russischen Kampfbereitschaft wäre nicht nur von der Tatkraft der bolschewistischen Führer, sondern vor allem auch von der Entente zu fürchten gewesen, die von der Murmanküste aus die Russen mit Waffen und Truppen unterstützen konnte. Weiter sei die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten unbedingt notwendig gewesen wegen der Verhältnisse in der Ukraine. Dieses Gebiet hatte sich bekanntlich von Rußland losgelöst und in Brest mit dem Vierbund den sogen. „Brotfrieden" geschlossen, der den Mittelmächten eine große Getreidezufuhr in Aussicht stellte, die allerdings jetzt fraglich wurde, da die Bolschewisten die Selbständigkeit des Landes nicht anerkannten, mit roten Truppen eindrangen und auf dem besten Wege waren, die Macht an sich zu reißen.

Man wird über die Stichhaltigkeit der einzelnen Gründe streiten können. Wie Ludendorff selbst zugibt, war im Augenblick „die russische Armee kein Kampffaktor mehr" [85]). Darüber hinaus erlebte aber auch das russische Volk eine so heillose innere Verwirrung, daß Monate, wenn nicht Jahre vergehen mußten, bis sich daraus wieder eine militärische Schlagfertigkeit entwickeln konnte [86]). Inzwischen aber mußte die Gesamtentscheidung des Krieges im Westen schon gefallen sein. Das war ja die unumstößliche Gewißheit, daß Deutschland, wenn überhaupt, den Krieg nur bis zum Eintreffen der Amerikaner gewinnen konnte. Damit war spätestens für den Sommer zu rechnen. Bis dahin aber war an eine kriegerische Aktion der Sowjets nicht zu denken.

Ähnlich verhielt es sich mit der aus Osten drohenden Ententegefahr. Auch bei den Alliierten wußte man, daß die Entscheidung im Westen fallen würde. Bei der durch das Abrollen von Ostdivisionen zum ersten Mal entstehenden zahlenmäßigen deutschen Überlegenheit im Westen hätte es sich die Entente garnicht leisten können, Truppen und Munition in einem Maße an die Murmanküste zu schicken, daß daraus eine wirkliche Bedrohung für Deutschland hätte entstehen können, ganz abgesehen davon, daß auch dies Monate in Anspruch genommen hätte, in denen der Ausgang des Krieges im Westen schon entschieden sein mußte.

Die Ereignisse in der Ukraine konnten vielleicht die Wiedereröffnung der Kampfhandlungen an sich rechtfertigen. Der nun aber von der Obersten Heeresleitung geforderte Vormarsch auch nach Estland und Livland stand damit jedoch in keinem Zusammenhang. Er hatte mit der Durchsetzung des Brotfriedens in der Ukraine nichts zu tun.

---

84) Erinnerungen, S. 447.
85) Ebenda, S. 446—47.
86) Trotzki, im Vorwort zu Drahns, Brest-Litowsk, S. 7: „Bei der allgemeinen Erschöpfung des Landes und der furchtbaren Verwahrlosung der Industrie und der Verkehrsmittel konnte eine neue Armee nur allzu langsam entstehen."

Aber selbst wenn die von Ludendorff angeführten Gründe im Einzelnen überzeugend wären, so könnten sie für uns doch keine entscheidende Bedeutung gewinnen, da wir die Absichten der Obersten Heeresleitung auf Estland und Livland schon aus einer Zeit her kennen, als weder die nun angeführten Gründe sich voraussehen ließen, noch überhaupt andere Nützlichkeitserwägungen, sondern allein der machtpolitische Wunsch nach der Annexion für sie bestimmend war.

Wenn jetzt dieser oder jener Tatbestand die Besetzung als vielleicht gerechtfertigt erscheinen ließ, so war das für die Oberste Heeresleitung nur ein glückliches Zusammentreffen mit ihren ursprünglichen Absichten, dessen sie sich natürlich nun in ihrem Sinne bediente.

Am 13. Februar kam es in Homburg zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung zu einer Aussprache über die Frage: Wiederaufnahme der Kriegshandlungen oder Annahme des von Trotzki geschaffenen Zustandes, was praktisch gleichbedeutend war mit der Frage: Annexion oder Nicht-Annexion von Estland und Livland[87]). Kühlmann sprach sich dabei scharf gegen die Erneuerung des Kampfes aus. Ihm schlossen sich zunächst auch der Kanzler und der Vicekanzler Payer an. Ihr Hauptargument, das sie vorbrachten, war die Rückwirkung eines Wiederauflebens des Krieges an der Ostfront auf die Stimmung des Volkes. Die Reichsleitung drückte die Befürchtung aus, daß bei der starken Friedenssehnsucht, die im Volke herrschte und deren wenigstens teilweise Erfüllung man sich schon so nahe gewähnt hatte, der erneute Kampf im Osten enttäuschend und deprimierend wirken mußte und dadurch der für die Entscheidung im Westen nötige Angriffsgeist gemindert werden würde. Besonders wies sie dabei auch auf die wahrscheinlich noch viel stärkere Wirkung dieser Art in Österreich hin.

Demgegenüber trug Ludendorff die eben besprochenen Gründe der Obersten Heeresleitung vor und wies außerdem auf die Notwendigkeit hin, uns gegen den Bolschewismus durch eine „enge Absperrung der Grenzen vorwärts derselben zu schützen“[88]).

Das ganze Für und Wider die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen war ja eigentlich nur Spiegelfechterei, denn im Grunde genommen ging es natürlich — und darüber waren sich bei der bekannten Auffassung der Obersten Heeresleitung auch alle Verhandlungsteilnehmer klar — um das Schicksal Estlands und Livlands. Trotz dieser Erkenntnis war das Ende der Besprechung, daß, nachdem auch der Kaiser sich für Wiederaufnahme der Kampfhandlungen ausgesprochen hatte, Hertling und Payer dem Drängen der Obersten Heeresleitung nicht standhielten und ihrer Forderung zustimmten, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Vormarsch nicht über den Ort Wenden ausgedehnt würde[89]). Damit hatte Hertling die

87) Über den Verlauf der Besprechung vgl. Ludendorff, Erinnerungen, S. 446 ff., Payer, S. 62 ff., Helfferich Bd. 3, S. 290.

88) Erinnerungen, S. 448.

89) K. u. P. S. 290 Fußnote. Siehe auch Karte S. IV.

Oberste Heeresleitung insofern mattgesetzt, als er zwar die Notwendigkeit der Erneuerung der Kampfhandlungen anerkannte, aber zugleich doch eine Besetzung des ganzen liv- und estländischen Gebietes verhinderte. Letzten Endes hat aber auch dieser Schachzug — wie gleich zu zeigen sein wird — an der schließlichen Okkupation des Baltikums nichts aufhalten können.

Nur Kühlmann blieb bis zuletzt bei der Stange. Auch nachdem die Entscheidung gegen ihn gefallen war, ging er nicht von seinem Standpunkt ab, ohne allerdings die Konsequenzen für sich daraus zu ziehen, wobei er sich hinter der nicht ganz überzeugenden Erklärung verschanzte, daß er als Staatssekretär ohne eigene Verantwortung sei. Es mag dabei der Gedanke bei ihm ausschlaggebend gewesen sein, daß er noch der Einzige in der Reichsleitung war, der den Willen und die Kraft hatte, sich Forderungen der Obersten Heeresleitung, die der politischen Leitung als falsch erschienen, zu widersetzen.

Entsprechend der so gefällten Entscheidung begann am 18. Februar der Vormarsch, also eine Woche nach Trotzkis Verhandlungsabbruch, der Frist, die im Waffenstillstandsvertrag zwischen Kündigung und erneuter Kampfhandlung vorgesehen war. Ohne daß die Truppen ernsthaften Widerstand gefunden hätten, wurden Estland und Livland besetzt. Ludendorffs ursprünglicher Plan bei der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen war, bis Narwa vorzudringen [90]) [91]). Er hatte sich aber, wie gesagt, bei der Homburger Besprechung, um den Kanzler überhaupt für die Erneuerung des Kampfes zu gewinnen, mit ihm auf den Ort Wenden als Ziel des Vormarsches geeinigt. Das war von der Front aus eine Strecke, die etwa nur $^1/_7$ der Entfernung bis Narwa ausmachte. Tatsächlich ist der deutsche Vormarsch aber doch bis Narwa gegangen, womit die in Homburg vorgesehene Ausdehnung der Aktion also rund um das 7fache erweitert wurde.

Ludendorff erklärt dies folgendermaßen: Die Truppen seien überraschend schnell auf Wenden vorgerückt. Da aber zu dieser Zeit noch keine Bitte Lenins um Frieden vorgelegen habe, so sei der Vormarsch und zwar mit Zustimmung des Kanzlers weitergegangen. Dieser habe auch sofort den Eingang des Friedensangebotes erfahren und der Absicht zugestimmt, die Heeresbewegungen solange fortzusetzen, bis die Bolschewisten den Frieden unterzeichnet hätten [92]). Diese Darstellung Ludendorffs ist jedoch nicht überzeugend. Im amtlichen Tagesbericht vom 20. Februar abends heißt es [93]): „Im Osten gehen die Bewegungen vorwärts. — Deutsche Truppen sind in Estland eingerückt. — Wenden wurde in östlicher Richtung durchschritten“ [94]). Am

90) Ludendorff, Erinnerungen, S. 448.

91) Für dies und das Folgende siehe Karte S. IV.

92) K. u. P. S. 290.

93) Amtliche Kriegsdepeschen in Berichten des Wolffschen Telegraphenbüros, Bd. 7, S. 2618.

94) Vgl. auch Hugo Kaupisch, Die Befreiung von Livland und Estland (Der große Krieg in Einzeldarstellungen, hrsg. im Auftrag des Generalstabs des Feldheeres, Heft 39) S. 50.

selben Tage erklärte Kühlmann im Reichstag, daß „gestern", also am 19., die russische Regierung durch Funkspruch ihre Bereitschaft zum Abschluß eines Friedensvertrages bekanntgegeben habe[95]). Tatsächlich ist der Funkspruch der Russen auch schon am 19. abgegangen[96]). Ludendorffs Behauptung, daß beim Vorrücken auf Wenden — worunter man natürlich das Vorrücken in unmittelbarer Nähe von Wenden annehmen muß — eine Bitte Lenins um Frieden noch nicht vorgelegen habe, stimmt also offenbar nicht. Weiter muß es bei der ganzen Einstellung Hertlings zur Vormarschfrage verwundern, daß ihm die Erklärung der Friedensbereitschaft Rußlands nicht zur Beendigung der Kampfhandlungen genügt haben sollte und daß er einer Fortsetzungen der Heeresbewegungen bis zur Unterzeichnung des Friedens zustimmte, die bekanntlich erst am 3. März erfolgte und aus technischen Gründen auch kaum früher zu erwarten gewesen wäre. Der Verdacht, daß hier die Oberste Heeresleitung durch eine Handlung auf eigene Faust gegen Hertlings Willen den Vormarsch soweit ausdehnte, muß sich aufdrängen, und er ist ja auch offen ausgesprochen worden[97]).

Wie aus der Darstellung von Kaupisch, dem Mitglied des Generalstabs der beim Vormarsch verwendeten 8. Armee hervorgeht, hatten die Truppen von Beginn der Aktion an den Befehl, nicht nur bis Wenden sondern bis etwa Marienburg und Walk vorzugehen[98]). Darüber hinaus erhielt das Armee-Oberkommando von der Obersten Heeresleitung sogar die Weisung, für den Fall eines unerwartet schnellen Vorrückens dieses vorläufige Ziel noch weiterzustecken[99]). Offenbar war also die Oberste Heeresleitung vom ersten Augenblick an trotz der Homburger Abmachung entschlossen, den Vormarsch über das vereinbarte Ziel hinauszuführen. Das ergibt sich vor allem auch daraus, daß die auf den Inseln im Rigaer Meerbusen liegenden Truppen für die Eroberung Estlands angesetzt wurden. Ein militärisches Unternehmen in Estland aber ohne eine gleichzeitige Besetzung von ganz Livland war undenkbar. Wenn also, wie Kaupisch berichtet, schon vom 15. Februar ab die nötigen Verschiebungen zum Übergang von den Inseln nach Estland vorgenommen wurden[100]), so zeigt das deutlich, daß schon 2 Tage nach Homburg die Oberste Heeresleitung auf die Besetzung ganz Livlands und Estlands ausging.

Zur Frage des Einverständnisses des Kanzlers mit der Weiterführung des Vormarsches sei folgende Äußerung Karl v. Hertlings, des Sohnes des Kanzlers, angeführt: „Was nun aber die Ereignisse im Norden Rußlands betrifft, so möchte ich bezweifeln, ob sich mein

95) Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 311, S. 4004.
96) Ioffe, S. 263.
97) Z. B. Veit Valentin, Deutschlands Außenpolitik 1890—1919, S. 356: „Man kann es nicht anders als eine Handlung wider Treu und Glauben bezeichnen . . ."
98) Kaupisch, a.a.O. S. 37.
99) Ebenda, S. 39.
100) Ebenda, S. 67.

Vater die „militärische Operation in beschränktem Maße in Richtung Dünaburg“ in der Weise dachte, wie sie zur Ausführung kam. Wir haben uns darüber mehrfach unterhalten, und ich glaube sagen zu können, daß mein Vater für spätere Fälle gewitzigt blieb“ [101]). Man denke weiter daran, daß die Absichten der Obersten Heeresleitung auf Estland und Livland niemals durch einen Marsch auf Wenden, sondern nur durch die Besetzung des ganzen Gebietes bis Narwa durchzuführen waren, und man wird die Berechtigung des Verdachtes einsehen. Aber da es sich dabei doch um eine recht schwerwiegende Unterstellung handelt, die, wenn sie sich als wirklich richtig erwiese, eine sehr starke moralische Belastung der Obersten Heeresleitung bedeuten würde, so wird man sich hüten müssen, in der Angelegenheit ein endgültiges Urteil zu fällen, bevor nicht alle Einzelheiten aktenmäßig zu belegen sind.

Wir können in unserem Zusammenhang auch auf ein solches Urteil verzichten. Denn uns genügt hier die Feststellung, daß trotz der Homburger Abmachung die Oberste Heeresleitung ihr Ziel, Besetzung Estlands und Livlands bis Narwa, letzten Endes doch erreicht hat [102]).

Unmittelbar nach Beginn des Vormarsches erklärten sich, wie gesagt, die Bolschewisten zur Annahme der Friedensbedingungen bereit. Eine Woche später traten die Delegierten erneut in Brest zusammen, am 3. März wurde der Friede unterzeichnet [103]), der nun in keiner Weise mehr das Ergebnis einer Verständigung der vertragschließenden Parteien darstellte, sondern allein den Willen der einen Seite durchsetzte.

Artikel III des Vertrages enthält zunächst die Loslösung Litauens, Kurlands und Polens von Rußland, wobei zu beachten ist, daß die bis dahin von Kühlmann immer noch aufrecht gehaltene Fassade des Selbstabstimmungsrechtes in keiner Form mehr gewahrt wird. Ohne jede Berufung auf eine schon stattgefundene oder noch stattzufindende Willensänderung der Völker wird nur bestimmt, daß die Gebiete „der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen werden“. Weiter heißt es, daß „Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen“. Damit war der Annexion, was Kurland und Litauen anging, für die ja im Gegensatz zu Polen noch keinerlei staatsrechtliche Anerkennung der Selbständigkeit durch die Mittel-

101) Kar v. Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei, S. 78.

102) Die nicht unbedeutende Frage, ob durch den Vormarsch im Osten zu viele Truppen festgehalten worden sind, die im Westen eingesetzt oder wenigstens früher eingesetzt den Sieg wahrscheinlicher gemacht hätten, kann hier, da es sich um eine militärische Fachfrage handelt, nicht untersucht werden. Vgl. dazu, außer den diesbezüglichen Äußerungen Hindenburgs und Ludendorffs in ihren Büchern, das Gutachten des Generals von Kuhl für den Untersuchungsausschuß über die militärischen Grundlagen der deutschen Offensive im Jahre 1918 und J. C. v. d. Belt, Das Ende des Ringens 1917 und 18, Berlin 1926.

103) Reichsgesetzblatt 1918, S 280 ff.

mächte bestand, Tür und Tor geöffnet; denn der Zusatz — im Benehmen mit deren Bevölkerung — stellte natürlich bei den unbegrenzten Auslegungsmöglichkeiten dieses Begriffes kein ernsthaftes Hindernis dar.

Über Estland und Livland bestimmte Artikel IV, daß sie von einer deutschen Polizeimacht besetzt werden würden, „bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt sei".

Diese Bestimmung ließ die künftige staatsrechtliche Stellung Liv- und Estlands noch in zweifelhaftem Licht erscheinen. Es handelte sich hier nicht um eine eindeutige Abtretung der Hoheitsrechte wie in Kurland und Litauen, sondern Rußland war staatsrechtlich noch immer der Hoheitsträger in den Gebieten. Da aber die Herstellung der „staatlichen Ordnung" nicht durch russische Organe, vielmehr in Anwesenheit einer deutschen „Polizeimacht" vor sich gehen sollte, so wird man annehmen müssen, daß diese Ordnung nicht eine russische sondern entweder eine estländisch-livländische oder gar eine deutsche werden sollte. Der Plan bestand offenbar darin, während der Anwesenheit der deutschen „Polizeimacht", eine staatsrechtliche Loslösung der Gebiete von Rußland zu betreiben. Wirklich ist es später auch dazu gekommen. Schon am 12. April konstituierte sich in Riga ein Vereinigter Landtag von Estland und Livland, der den Beschluß faßte, Deutschland um dauernden militärischen Schutz und um Unterstützung bei der Loslösung von Rußland zu bitten und ferner den Wunsch einer Personalunion der Gebiete mit Preußen äußerte [104]).

Es war dasselbe Mittel, mit dem die Oberste Heeresleitung ursprünglich den Anschluß Kurlands vorbereitet hatte, das nun auch hier wieder Anwendung fand. Denn daß die deutschen Militärbehörden auch bei der Zusammensetzung dieses Landtages ihre Hand im Spiele hatten, ist abgesehen davon, daß der unbeschränkte Machtbesitz der deutschen Militärs in den Ländern es wahrscheinlich macht, auch mit ziemlicher Gewißheit aus der Zusammensetzung des Landtages zu schließen, bei dem 34 deutsche Mitglieder nur 24 estnischen und lettischen gegenüber standen [105]), was dem wirklichen Anteil der Deutschen an der Bevölkerungszahl in keiner Weise entsprach.

Auffallend ist allerdings, daß man diesen umständlichen Weg beschritt und nicht gleich von vornherein im Brester Vertrag die Abtretung der Gebiete forderte. Es mutet dies so an wie eine letzte Kühlmannsche Nuance, als sei noch einmal sein Gedanke, wenigstens die äußere Form der Annexion zu vermeiden, zur Ausführung gelangt. Aber auch wenn das der Fall sein sollte, so bleibt doch in der Hauptsache, in der Angliederung der Gebiete selbst, dem alten Ziel der Obersten Heeresleitung aus dem Frühjahr 1917, nur deren Sieg festzustellen.

Zwar die völlige Durchführung all dieser östlichen Annexionspläne ist ja schließlich durch den Zusammenbruch der Mittelmächte

104) Helfferich, Bd. 3, S. 336 und Schulthess, 1918, Bd. 2 S. 425.
105) Schulthess, 1918, Bd. 2, S. 425.

vereitelt worden, aber eben auch nur dadurch; allen anderen Widerständen gegenüber hatte sich der Wille der Obersten Heeresleitung durchgesetzt.

Die weitere Entwicklung der Ostfragen durch das Frühjahr und den Sommer 1918 hindurch ist verhältnismäßig unbedeutend. Es handelte sich im wesentlichen nur noch um die personelle Frage der Besetzung der verschiedenen baltischen Fürstenthrone, durch die noch einige Zeit hindurch die deutschen Höfe in Erregung gehalten wurden [106]). In der politisch-militärischen Gesamtentwicklung aber trat die Regelung im Osten hinter den nun alles überschattenden Vorgängen an der Westfront zurück, bis dann der Zusammenbruch allen Plänen ein Ende setzte.

SCHLUSSBETRACHTUNG.

Wir sind am Ziel unserer Untersuchung angelangt. Überblicken wir noch einmal den zurückgelegten Weg.

Wir haben uns nach den einleitenden Betrachtungen mit den gegensätzlichen Stellungnahmen zu dem Komplex der Ostannexionsfragen vertraut gemacht, so wie sie sich aus der verschiedenen Mentalität der militärischen bzw. der politischen Führer ergaben. In Anschluß daran folgte im zweiten Abschnitt der Arbeit der Zusammenstoß dieser gegnerischen Ansichten, der durch die Notwendigkeit definitiver Entscheidungen für die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk unvermeidlich wurde. Wir haben die Entwicklung dieser Auseinandersetzung in den verschiedenen Phasen verfolgt und werden als ihr Gesamtergebnis die völlige Niederlage der politischen Führung feststellen müssen. Diese Niederlage nahm ihren Anfang bei dem Zurückweichen der Reichsleitung in der kurländisch-litauischen Frage bei der Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember und endete nach verschiedenen Zwischenstufen mit der Besetzung von ganz Estland und Livland, d. h. praktisch mit der Erfüllung eines alten Wunsches der Obersten Heeresleitung, der ihr ursprünglich selbst so außerordentlich erschienen war, daß sie ihn lange Zeit hindurch (vom April 1917 bis zum Dezember) nicht einmal äußern zu können glaubte. An diesem Endurteil vermag auch das von der Reichsleitung wenigstens noch erreichte Kompromiß in der deutsch-polnischen Grenzfrage kaum etwas zu ändern.

Es liegt ja im Wesen des uns hier beschäftigenden Problems „Politik und Strategie", daß es sich nicht eigentlich um Gegensätze über formelle Kompetenzabgrenzungen handelt; vielmehr ergibt sich das Problem eben gerade erst aus der Tatsache, daß bei der militärischen und politischen Kompliziertheit eines Kriegsgeschehens die formelle Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen beiden Ressorts

106) In die beginnenden Intrigenspiele der deutschen Dynastien um die baltischen Throne vermittelt einen Einblick Victor Naumann, Dokumente und Argumente, S .323 ff.

nicht mehr ausreicht und an ihrer Stelle nun die Entscheidung in die Macht der Persönlichkeiten rückt. Die langen Auseinandersetzungen zwischen Oberster Heeresleitung und Hertling im Januar über die Abgrenzung der Verantwortlichkeit[107]) sind der beste Beweis dafür. In dem ganzen Streit hatte zum Schluß, auf dem Papier der Kanzler gesiegt. Trotzdem hat er kurze Zeit danach die Besetzung Estlands und Livlands nicht zu verhindern vermocht. Wir müssen daher auch als Schlußstein in den bisherigen Bau unserer Untersuchung eine Würdigung der im Kampf Reichsleitung — Heeresleitung führenden Männer einfügen, weil es im Wesen dieses Kampfes lag, daß er letzten Endes nur durch Persönlichkeitswerte entschieden werden konnte. Dabei können wir uns auf der einen Seite mit der Person Ludendorffs begnügen, da, wenn neben ihm auch Hindenburg das östliche Annexionsprogramm für notwendig hielt und Ludendorff jederzeit deckte, doch dieser im Kampf um die Durchsetzung die treibende Kraft war. Auf der gegnerischen Seite ist natürlich Hertling der Mann, auf dem alle Verantwortung lastet, denn er als Kanzler hatte ja den Gang der Politik zu bestimmen und seine Person muß daher hier Gegenstand der Betrachtung sein.

Ludendorff ist unter allen führenden deutschen Persönlichkeiten der Kriegsjahre vielleicht die prägnanteste Erscheinung. Ein Mann von schier unerschöpflicher Energie, von einem rastlosen Tätigkeitsdrang erfüllt, der sich mit wahrem Feuereifer auf jedes sich darbietende Arbeitsgebiet stürzte, ein Mann, dessen gleichzeitige und doch intensive Beschäftigung mit einer Fülle von gänzlich verschiedenen Fragenkomplexen etwas fast genial Anmutendes hat. Es ist hier schon einmal auf den Eindruck hingewiesen worden, — was die Frage der Vielgestaltigkeit der Arbeitsgebiete angeht — den allein ein Einblick in die „Urkunden der Obersten Heeresleitung" vermittelt, und hierbei handelt es sich immerhin nur um Teilausschnitte der Arbeit. Ziekursch hat einmal die gewaltige Arbeitskraft, die in Ludendorff steckte, an der Entstehungsgeschichte der „Kriegserinnerungen" demonstriert[108]), indem er feststellt, daß das ganze Buch von 600 Seiten in rund 100 Tagen entstanden ist, also einer täglichen Arbeitsleistung von 6 Druckseiten entspricht und dies, wie Ziekursch mit Recht betont „nach 4¼ Jahren übermäßiger geistiger Arbeit unter dem furchtbaren Druck schwerer Sorgen und der Verantwortung, nach den zerreibenden Nervenerregungen des Frühjahrs, Sommers und des Herbstes 1918, nach dem Scheitern seiner Pläne, der Niederlage des deutschen Heeres und dem Sturz der Monarchie". Rechnet man zu dieser fast unbegrenzten Schaffenskraft einen zähen Willen in der Verfolgung des einmal als richtig Erkannten hinzu, ein Wille, der sich bis zur Starrsinnigkeit steigern konnte, denkt man weiter an Schneid und Schärfe im Auftreten, die ihm, dem preußischen Offizier, eigen war, verbunden mit strenger Pflichtauffassung, Härte und Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst, so erscheint vor uns das Bild eines Mannes,

107) Siehe o. S. 24.
108) Johann Ziekursch, Ludendorffs Kriegserinnerungen, H. Z. 121, 1920.

dem man, auch wenn sich im einzelnen gegen seine politischen Ansichten manches anführen lassen mag, eine gewisse Bewunderung nicht wird versagen können.

Und ihm gegenüber ein müder, verlebter alter Mann von 74 Jahren, der sein schweres Amt nicht aus politischem Ehrgeiz oder einem unstillbaren Betätigungsdrange oder gar aus der inneren Gewißheit einer Berufung heraus auf sich genommen hatte, sondern der bei jeder möglichen Gelegenheit betonte, daß nur mehrfaches Bitten vermocht hatte, ihn zur Übernahme eines Amtes zu bestimmen, das er nur als drückende Bürde empfand. Allein die wiederholte Versicherung, daß außer ihm kein geeigneter Mann vorhanden sei, hatte ihm die Zustimmung zu seiner Ernennung möglich werden lassen. Als ihm Victor Naumann einmal offen ins Gesicht sagte, daß er in einem Gespräch die Worte gebraucht habe, „einen Fehler hat Graf Hertling: Mangel an Energie", antwortete ihm Hertling: „Eigentlich sehr dreist, aber Sie haben recht" [109]). Sein Sohn berichtet, daß er auf eine telefonische Anfrage, ob das sein Vater sei, der Reichskanzler werden sollte, geantwortet habe: „Hoffentlich nicht" [110]); und das mit gutem Grund. Das Urteil vom müden Greis ist in allen Schriften derjenigen, die mit ihm Umgang gehabt haben, allgemein, Helfferich schreibt: „Wir hatten in der schwersten Zeit unserer Geschichte einen Kanzler, der zum mindesten körperlich seinem Amte in keiner Weise mehr gewachsen war und geistig jedenfalls nicht mehr die Spannkraft besaß, schwierige Fragen aufzunehmen und durchzukämpfen" [111]). Hertling selbst äußert sich in einem Brief nach seiner Ablehnung der ersten Aufforderung zur Kanzlerschaft im Juli 1917: „Ich fühlte mich nicht stark genug, um den Kampf mit der Obersten Heeresleitung, id est Ludendorff, ... durchzuführen" [112]). Czernin berichtet von ihm als einem „klugen, abgeklärten alten Mann, welcher nur den einen Fehler hatte, zu alt und physisch nicht mehr genügend resistenzfähig zu sein" [113]).

Mit Zitaten dieser Art könnte man Seiten füllen.

Der Ausgang des Zweikampfes Ludendorff-Hertling war also schon vom ersten Augenblick an durch den außerordentlichen Unterschied der gegnerischen Kräfteverteilung zu einem guten Teil vorausbestimmt.

Daneben aber muß noch als einer der ausschlaggebenden Faktoren die Stärke der Position der beiden Gegner betrachtet werden. Auch hierin war die militärische Leitung der politischen überlegen. Hindenburg und Ludendorff, das waren für das deutsche Volk Namen, deren Klang eine Art Zauberwirkung ausübte. Hindenburg und Ludendorff waren die von allen vergötterten Heroen der Nation. Sie waren die einzigen unter allen Feldherrn des Weltkrieges, sowohl auf unserer wie auf feindlicher Seite, die bisher wirklich entscheidende,

109) Victor Naumann, Profile, S. 27.
110) Hertling a.a.O. S. 32.
111) Helfferich, Bd. 3 S. 313.
112) Hertling, S. 12.
113) Czernin, Im Weltkrieg, S. 270.

siegreiche Schlachten geschlagen, strategische Wundertaten verrichtet hatten. In gläubigem Vertrauen, so wie es selten Menschen an sich erfahren, blickte, zum mindesten soweit es sich um die rein militärische Führung handelte, das ganze Volk auf diese beiden Männer. Jedem war es klar, daß, wenn der Krieg überhaupt noch militärisch zu gewinnen war, es nur unter ihrer Führung gelingen konnte. Der Gedanke, daß sie von der Bühne des Weltgeschehens vorzeitig abtreten könnten, war nicht etwa nur militärischen Kreisen sondern der ganzen Nation unerträglich. Selbst ein Mann wie Conrad Haußmann, der weltanschaulich und politisch in schärfstem Gegensatz zu Hindenburg und Ludendorff stand, meint, „daß Feldherrn von ihrer Befähigung nicht zu entbehren gewesen seien, auch wenn sie nicht die zutreffende politische Auffassung hätten“ [114]). Diese Vorstellung von der Unentbehrlichkeit war es, die sich in allen Köpfen mit den Namen Hindenburg und Ludendorff sofort immer zu einem Begriff verband.

Und was hatte demgegenüber Hertling in die Wagschale zu werfen? Was bedeutete sein Name dem Volke? Gewiß, man schätzte ihn als geistreichen Redner, als geschickten Routinier im parlamentarischen Leben, aber irgendwelche großartige Leistungen, die ihm die starke Stütze der Popularität hätten verschaffen können, konnte er nicht aufweisen.

Das Volk würde es nicht verstanden haben, wenn der Kaiser vor die Entscheidung: Oberste Heeresleitung oder Hertling gestellt, Hindenburg und Ludendorff hätte gehen lassen. Dessen war sich natürlich auch die Oberste Heeresleitung bewußt, und so konnte sie in der Gewißheit der Ungefährlichkeit ihrer Handlungsweise im Januar die Kabinettsfrage stellen. Ebenso aber war sich auch Hertling über den Stand der Dinge klar. Sein Bestreben mußte sich daher zwangsläufig darauf richten, solchen letzten Entscheidungen aus dem Wege zu gehen. Das aber konnte nur geschehen wenn er Stück für Stück den Forderungen der Obersten Heeresleitung nachgab, vielleicht mit der leisen Hoffnung, auf dem Wege des Kompromisses wenigstens hier und da noch etwas zu retten.

Schließlich muß, um Hertling gerecht zu werden, noch eins betrachtet werden: die Stellung des Kaisers zu den strittigen Fragen, d. h. derjenigen Instanz, in der nach der bismarckschen Verfassung die oberste militärische und politische Führung vereinigt war, und bei der in Zweifelsfällen die letzte Entscheidung lag.
Payer berichtet verschiedentlich, daß der Kaiser allein schon aus dynastischen Gründen zur Vermehrung der hohenzollernschen Hausmacht die Anexion der Randstaaten erstrebt habe [115]). Und in der Tat hat sich der Monarch sowohl bei der Kreuznacher Besprechung am 18. Dezember, wie auch am 13. Februar in Homburg in der Rand-

114) Conrad Haussmann, a.a.O. S. 171.

115) Z. B. S. 64: Die Notwendigkeit der Angliederung der russischen Provinzen an das Reich begründete der Kaiser unter anderem auch in direkten Worten mit dynastischen Interessen (bei der Homburger Besprechung vom 13. Februar).

staatenfrage von Beginn an auf den Standpunkt der Obersten Heeresleitung gestellt. Wenn Hertling also den Verzicht auf die Provinzen durchsetzen wollte, so hatte er dabei nicht nur den Widerstand der Obersten Heeresleitung sondern auch noch den des Kaisers zu überwinden. Seine Position war wirklich denkbar ungünstig.

Für die polnische Grenzfrage allerdings trifft diese letzte Feststellung nicht zu. Wir hatten ja gesehen, wie hier der Kaiser ursprünglich mit dem Kanzler in der Ablehnung der militärischen Forderungen einig war. Wenn schließlich trotz dieses Bündnisses der politischen Leitung mit der höchsten Instanz des Reiches doch nur ein Kompromiß mit der Obersten Heeresleitung zu Wege gebracht werden konnte, so beweist das nur erneut die große Machtfülle der Militärs, von der selbst der Kaiser abhängig war, und der gegenüber Hertling in einer Frage, wie der der Randstaaten, die auch noch den Monarchen auf der gegnerischen Seite sah, ganz und gar auf verlorenem Posten stehen mußte.

Auffallend ist trotz alledem aber doch, wie der Kanzler bei der Kreuznacher Besprechung in der kurländisch-litauischen Frage so offenbar völlig kampflos das Feld räumte. Man wird dabei eine Möglichkeit der Erklärung nicht übersehen dürfen. Hertling war, so realpolitisch er die Dinge auch betrachten mochte, im Herzen doch auch Patriot, auf den der Gedanke einer Erweiterung der deutschen Machtfülle wohl auch bewußt oder unbewußt einen Reiz ausgeübt haben mag. Man muß sich, um dafür das richtige Verständnis zu finden, die Eindrücke klar machen, die die jeweilige Augenblickslage in ganz anderem Maße bei den handelnden Personen hervorrufen mußte, als bei dem späteren Betrachter, der seinerseits die Dinge doch immer vielleicht ohne seinen Willen, beeindruckt durch das Erlebnis des weiteren Verlaufs der Ereignisse sieht. So klar, wie er uns heute vor Augen steht, war ja der Ausgang des Krieges noch nicht zu übersehen. Ende 1917, Anfang 1918 war die strategische Lage für Deutschland so günstig wie nie zuvor. Aus dem Ententelager, besonders aus England kamen die Nachrichten vom Abnehmen der Kriegsstimmung, die Oberste Heeresleitung ging der kommenden Entscheidung im Westen voll Zuversicht entgegen. Wie, wenn wir doch noch den militärischen Sieg erringen sollte, oder England früher zusammenbrach als wir! Waren dann die Osteroberungen nicht doch ein guter Siegespreis, den man sich unter diesen Umständen als Lohn für die gewaltigen Opfer selbst gewähren konnte, und auf den man deshalb nicht zu früh verzichten durfte? Würde nicht vielleicht nach einem Siege das Volk, im Glückstaumel die eigene Forderung der letzten Jahre nach Verständigung vergessend, selbst von Kompensations- und Annexionsgedanken erfaßt werden und dann Vorwürfe gegen die Reichsleitung erheben, die sich der geeignetsten Objekte dafür vorzeitig begeben hatte? Es waren dies Gedankengänge wie sie namentlich von österreichischer Seite der deutschen militärischen und politischen Leitung als Fehler vorgeworfen worden sind, als Fehler insofern, als man sich, wie Burian es einmal darstellt, in dem circulus vitiosus drehte,

bei schlechter Kriegslage zu wünschen, mit dem blauen Auge des Verständigungsfriedens davonzukommen, bei günstiger Kriegslage aber durch erneute Siegesmöglichkeiten angestachelt wieder ausgreifende Kriegsziele zu propagieren und damit den Krieg zu verlängern, statt gerade nun, wo man die Initiative in der Hand hatte, durch offenen Annexionsverzicht endlich den Verständigungsfrieden herbeizuführen[116]).

Solchen Stimmungsschwankungen konnten sich die Wenigsten entziehen, sie lagen einfach in der menschlichen Natur. Sie waren notwenige Begleiterscheinungen der Kriegspsychose. Es sei nur erinnert an die plötzliche Ausbreitung des Annexionismus im Winter 1914/15 nach der Besetzung Belgiens und den großen Siegen im Osten[117]). Ganz andere Männer als der immerhin nationalbewußte Hertling ließen sich in Augenblicken kriegerischer Erfolge zur Vertretung sonst bekämpfter, nationalistischer Forderungen hinreißen. Man nehme z. B. die Wirkung der großen Anfangserfolge der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 auf einen Teil sogar der sozialdemokratischen Presse. Am 1. April schrieb der sozialistische Abgeordnete Lensch in der „Glocke": „Unser Sieg und nichts als unser Sieg über Englands Soldaten war und blieb allen sentimentalen Redensarten zum Trotz die unausweichbare materielle Voraussetzung für einen Frieden, der nicht Deutschlands Vernichtung bedeuten sollte." Das hörte sich an, als ob die Sozialdemokraten vorher nie vom Verständigungsfrieden gesprochen hatten. Am 8. April erklärte sogar der „Vorwärts", im militärischen Sieg jetzt den einzigen Weg zum Frieden zu sehen. Die „Chemnitzer Volksstimme" schrieb am 3. April, daß die Zahl der Deutschen nicht sehr groß sein würde, die gewillt wären, sich dagegen aufzulehnen, wenn eines Tages die Forderung geltend gemacht werden kann, Frankreich solle Schadensersatz für Menschen und Güter leisten".

Wieviel stärker mußte unter solchen Umständen der Gedanke, vielleicht doch noch mit Sieg und Machtzuwachs aus dem Kriege hervorzugehen, auf einen national denkenden Menschen wie Hertling wirken.

Wie weit sich der Kanzler von solchen sicherlich auch auf ihn eindringenden Kräften hat bestimmen lassen, kann bei dem fast gänzlichen Fehlen von persönlichen Aufzeichnungen für diese Zeit nicht entschieden werden. Daß er überhaupt immun dagegen gewesen wäre, will uns nach dem Gesagten kaum möglich erscheinen.

Wenn wir diese Behauptung hier auszusprechen wagen, so liegt darin neben dem Bemühen um das Verständnis für die Handlungsweise Hertlings natürlich auch ein Vorwurf, denn als leitender Staatsmann mußte er mit aller Macht gegen solche Stimmungsschwankungen ankämpfen. Tat er das nicht in konsequenter Weise, so wie wir es

116) Burian, Drei Jahre, S. 236.

117) Über die vorübergehende Ausbreitung annexionistischen Gedankengutes s. Volkmann S. 32 ff.

auf Grund seines überraschenden Nachgebens besonders in der kurländisch-litauischen Frage glauben annehmen zu müssen, so zeigte er sich als Mensch, der in sich selbst noch nicht zur letzten, völligen Klarheit in der Betrachtung des gestellten Problems vorgedrungen war und der deshalb seine ursprünglich eingenommene Position nicht mit der nötigen Überzeugungskraft zu verteidigen in der Lage war.

Bei allen diesen Betrachtungen liegt ja immer der Vergleich mit der Haltung Bismarcks in einer ähnlichen Situation, bei seinem Kampf gegen Wilhelm I. und die Militärs um den österreichischen Frieden 1866, nahe. Eines ist gewiß, wenn jemals ein Mensch zu dieser inneren Klarheit gekommen und die notwendigen Konsequenzen mit unerbittlicher Schärfe daraus gezogen hat, dann war es hier der große Kanzler. Darin war er sicherlich Hertling unerreichtes Vorbild. Man darf jedoch den Vergleich nicht ziehen, ohne nicht auch einen Blick auf die Lage des siegreichen Bismarck, verglichen mit der Hertlings zu werfen.

Was hatte Bismarck, abgesehen zunächst von der Person des Königs, in den Militärs für Gegner vor sich? Man könnte sagen, daß seine Position den Generalen gegenüber, die eben erst den Krieg siegreich entschieden hatten und nun mit Nachdruck fordern konnten, nicht durch die Federn der Diplomaten verloren gehen zu lassen, was ihr Schwert gewonnen hatte, schwieriger war, als die Stellung Hertlings im Kampf gegen Generäle, die schon seit Jahren ohne Erfolg versuchten eine siegreiche Gesamtentscheidung des Krieges herbeizuführen und deren Teilerfolg im Osten auch nicht ausschließlich auf ihren Waffentaten sondern zum Teil auf der innerpolitischen Entwicklung Rußlands beruhte. Aber ist nicht vielleicht gerade dieser Tatbestand auf die gegenteilige Argumentation anwendbar? Konnte nicht Bismarck gerade deshalb seinen Willen gegen die Militärs durchsetzen, weil nach Königgrätz der Krieg so gut wie entschieden war und die Politik nun auf die Generäle nicht mehr angewiesen war? Darin lag ja das ganze Übergewicht der Obersten Heeresleitung gegen Hertling, daß es sich in Brest-Litowsk nur um einen Teilfrieden handelte, daß man immer noch im Kriege war und die Gesamtentscheidung, die man nur von Hindenburg und Ludendorff glaubte erwarten zu können, noch ausstand. Daraus ergab sich ja wieder und wieder das Bewußtsein der Unentbehrlichkeit bei der Obersten Heeresleitung, eben weil sie noch nicht die endgültig siegreichen Generäle waren, andererseits aber sie der herrschenden Auffassung nach die einzigen waren, denen man zutrauen konnte, es zu werden. Moltke hat in Nikolsburg keine Rücktrittsdrohung ausgesprochen, um damit einen stärkeren Frieden durchzusetzen, denn er wußte sehr wohl, daß er nach der schon gefällten Schlachtentscheidung nicht unentbehrlich war und daß ihm möglicherweise der Rücktritt gewährt werden könnte. Die Oberste Heeresleitung hat es während der Brester Verhandlungen wagen können, weil sie wußte, daß man sie noch brauchte, und daß der Kaiser sie nicht gehen lassen konnte. Man möchte zweifeln, ob selbst ein Bismarck bei dieser 1917/18 in Deutsch-

land bestehenden Kräfteverteilung in der militärisch-politischen Führung sich so hätte durchsetzen können, wie er es in Nikolsburg getan hat. Allerdings, das muß zugegeben werden, so leichtes Spiel wie mit Hertling hätte die Oberste Heeresleitung mit einem Mann von seiner Art wohl kaum gehabt.

Auch den Forderungen des Kaisers gegenüber hätte er sicherlich seine Auffassung anders zur Geltung gebracht als Hertling. In diesem Punkt hält Hertling den Vergleich mit ihm in keiner Weise aus. Wenn man bedenkt, wie Bismarck mit einem ganz gewaltigen seelischen Kräfteaufwand eine innerlich so gefestigte und ausgeglichene Persönlichkeit wie die Wilhelms I. zum Nachgeben zwang [118]), so muß Hertlings gänzliche Erfolglosigkeit in der Einwirkung auf die Kriegszielvorstellungen des Kaisers um so krasser hervortreten, zumal ihm in Wilhelm II. ein sehr viel unselbständigerer und persönlichen Einflüssen viel zugänglicherer Mensch gegenüberstand. Gerade hier offenbart sich die Schwäche Hertlings in weitgehendstem Maße, hier, wo sich aus seiner Position heraus keinerlei Entlastungsgründe für ihn geltend machen lassen.

Man wird also bei einem abschließenden Urteil bei voller Würdigung der schwierigen Situation Hertlings die Niederlage, die er durch den Brester Frieden im Kampf um die Kriegszielfrage erlitt zu einem wesentlichen Teil doch auch auf die Schwäche seiner Persönlichkeit zurückführen müssen. Es war die Tragik seines Lebens, daß er noch an seinem späten Lebensabend, nur kurze Zeit vor seinem Tode gegen seinen eigenen Wunsch in einen Kampf eintreten mußte, zu dem ihm nach seiner eigenen Überzeugung die Kräfte nicht mehr gegeben waren und den er selbst in der sicheren Voraussicht der zwangsläufigen Niederlage, getrieben allein von einem hohen Pflichtbewußtsein auf sich nahm.

---

118) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1, 2. Buch, Kapitel 9. Vergl. auch H. v. Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches, Bd. 5, S. 276 ff. und Max Lenz, Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen", Bln. 1899, S. 70.

LITERATUR-VERZEICHNIS.

a) Quellen.

Amtliche Kriegsdepeschen in Berichten des Wolffschen Telegraphenbüros, Bln. (Nationaler Verlag), Bd. 7.

Nachrichten der Auslandelektorate des Auswärtigen Amtes 1917—1918.

Drahn, Ernst, Brest-Litowsk, Reden, Aufrufe und Manifeste der russischen Volkskommissare Trotzki, Lenin, Joffé, Radek, Bln. 1920.

Kreppel, J., Der Friede im Osten. Noten, Manifeste, Botschaften, Reden, Wien, 1918.

Ludendorff, Erich, Urkunden der Obersten Heeresleitung, Bln. 1920 (4. Aufl. 1922).

Mirnye peregovory v Brest-Litowske s 22/9 dekabrja 1917 g po 3 marta (18 fevralja) 1918 g. Polnyi tekst stenogramm pod redaksiej i s primecaijami A. A. Ioffe, Moskva, 1920. (Die Friedensverhandungen in Brest-Litowsk v. 22./9. Dezember 1917 bis zum 3. März (18. Februar) 1918. Vollständiger Stenogrammtext, redigiert und mit Bemerkungen versehen v. A .A. Joffé, Moskau, 1920).

Niemeyer-Strupp, Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges, München und Leipzig 1922.

Schulthess, Europäischer Geschichtskalender, 1917/18.

Reichsgesetzblatt, 1918.

Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags, 1917/18.

Stenographische Berichte der Bayrischen Kammer der Abgeordneten, 1917.

Stenographische Berichte des Englischen Unterhauses, 1917.

Stenographische Berichte der Französischen Kammer, 1917/18.

b) Literatur.

Altrichter, F., Die seelischen Kräfte des deutschen Heeres vor und im Weltkrieg, Bln., 1933.

Auerbach, L., L'Autriche et la Hongrie pendant la guerre, 1925.

Baden, Prinz Max von, Erinnerungen und Dokumente, Bln. und Leipzig, 1928.

Barth, Emil, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Bln. 1920.

Bauer, Max, Der Irrwahn des Verständigungsfriedens (Flugblätter des „Tag"), Bln., 1919.

— Der große Krieg in Feld und Heimat, Tübingen, 1921.

Belt, J. C. v. d., Das Ende des Ringens 1917 und 1918, Bln., 1926.

Bethmann-Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, Bln., 1919—21.

Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, (Ausgabe Ritter-Stadelmann, Bln., 1932).

Brackmann, Deutschland und Polen, Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen, München und Berlin, 1933

Bredt, Joh. Viktor, Der deutsche Reichstag im Weltkrieg (in Ursachen des deutschen Zusammenbruchs) Bln., 1926.

Burian, Graf Stephan, Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Weltkriege, Bln., 1923.

Cramon, A. v., Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkrieg, Bln., 1920 (2. Aufl. 1922).

v. Cramon-Fleck, Deutschlands Schicksalsbund mit Österreich-Ungarn, Bln., 1932.

Clausewitz, Carl v., Vom Kriege, 10. Aufl., Leipzig, 1915.

Czernin, Ottokar v., Über die Politik im Weltkrieg, Wien, 1918 .
— Im Weltkrieg, Bln.-Wien, 1918.
Delbrück, Hans, Ludendorffs Selbstporträt, Bln. 1922.
— Versöhnungsfriede. Machtfriede. Deutscher Friede, Pr. Jbb. 168, 1917.
Eggert, Hans, Ludendorff als Mensch und Politiker, 1922.
Erzberger, Matthias, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart und Berlin, 1920.
Fester, Richard, Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges, München, 1925.
Foch, Mémoires, Paris, 1931.
Foerster, W., Hans Delbrück ein Porträtsmaler? Bln., 1922.
Fuchs, Gustav, Der deutsche Pazifismus im Weltkriege, Stuttgart, 1928.
Gierke, Otto v., Unsere Friedensziele, Bln., 1917.
Glaise-Horstenau, E. v., Die Katastrophe, Zürich, Leipzig, Wien, 1929.
Gothein, Georg, Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat, Stuttgart, 1917.
Groener, Wilhelm, Der Weltkrieg und seine Probleme (Schriftenreihe der Pr. Jbb., Heft I), Bln., 1920.
Grothe, H., Grundfragen und Tatsachen zur Kunde des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Dresden, 1926.
Grumbach, S., Das annexionistische Deutschland, Lausanne, 1917.
Gürten, Hubert, Um Deutschlands Zukunft, Leipzig, 1918.
Haller, Johannes, Deutschlands Stellung an der Ostsee (Schützengrabenbücher für das deutsche Volk), 1918.
Haussmann, Conrad, Schlaglichter, hersg. von Ulrich Zeller, Frankfurt a. M., 1924.
Heberle, Rudolf, Die Deutschen in Litauen (Schriftenreihe des Deutsch-Ausländischen Instituts), 1927.
Helfferich, Karl, Die Friedensbemühungen im Weltkrieg, Bln., 1919.
— Der Weltkrieg, Bln., 1919.
Hertling, Georg v., Erinnerungen aus meinem Leben, München, 1919—20.
— Reden, Ansprachen und Vorträge, hersg. v. Adolf Dyroff, Köln, 1929.
Hertling, Karl Graf v., Ein Jahr in der Reichskanzlei, Freiburg, 1919.
Hettner, Afred, Der Friede und die deutsche Zukunft, Stuttgart, 1917.
Hindenburg, Paul v., Aus meinem Leben, Leipzig, 1920.
Hintze, Otto, Der Sinn des Weltkrieges (in Deutschland und der Weltkrieg, hersg. v. Hintze, Meinecke, Oncken und Schuhmann, Leipzig und Berlin, 1915).
Hoetzsch, Otto, Der Krieg und die große Politik, Leipzig, 1917—18.
Hoffmann, Max, Aufzeichnungen, hersg. v. K. F. Nowak, 1929.
Jagow, Kurt, Daten des Weltkrieges, Leipzig, 1922.
Karolyi, Graf, Gegen eine ganze Welt, München, 1924.
Kaupisch, Hugo, Die Befreiung von Livland und Estland (Der große Krieg in Einzeldarstellungen, hersg. im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres, Oldenburg, 1918).
Kleinwächter, Friedrich, Der Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie, Leipzig, 1920.
Klimas, P., Der Werdegang des Litauischen Staates, Bln., 1919.
Krauss, Alfred, Die Ursachen unserer Niederlage, München, 1920.
Kuhl, Hermann v., Ludendorffs Selbstporträt (Pr. Jbb. 189, 1922).
— Der Weltkrieg, Bln., 1929.
Lenz, Max, Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen", Bln. 1899.
Ludendorff, Erich, Meine Kriegserinnerungen, Bln., 1919.
— Kriegführung und Politik, Bln., 1922, (3. Aufl. 1923).
Meinecke, Friedrich, Für welche Güter zog Deutschland 1914 sein Schwert? (Schützengrabenbücher für das deutsche Volk, Bln., 1918).
Michaelis, Für Staat und Volk, Bln. 1922.
Molisch, Paul, Zur Politik Kaiser Karls von Österreich (Pr. Jbb. 231, 1933).
Moser, Die obersten Gewalten im Weltkrieg, Stuttgart, 1933.
Müller, Ernst Ferdinand, Statistisches Handbuch für Kurland und Litauen,

Naumann, Victor, Dokumente und Argumente, hersg. v. Paul Mayer, Bln., 1928.
— Profile, München, Leipzig, 1925.
Nowak, Karl Friedrich, Der Sturz der Mittelmächte, München, 1921.
Oncken, Hermann, Politik und Kriegführung, (Münchener Universitätsreden, 1928).
Payer, Friedrich, Von Bethmann-Hollweg bis Ebert, Frankfurt a. M., 1923.
Quarck, Max, Von der Friedensresolution bis zur Revolution, Frankfurt am Main, 1918.
Recke, Walter, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik, Bln., 1927.
Rivas, C., Le plan annexioniste allemand en Lithuanie, Lausanne, 1917.
Roth, Paul, Die Entstehung des polnischen Staates, Bln., 1926.
— Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation, Leipzig, 1919.
Rupprecht, Kronprinz, Mein Kriegstagebuch, Bln., 1929.
Scheidemann, Philipp, Der Zusammenbruch, Bln., 1921.
Schultze, August Siegmund, Der sogenannte Verständigungsfrieden im Lichte des Völkerrechts, Jena, 1918.
Schwarte, Der große Krieg, (Der deutsche Landkrieg, 3. Teil, Bln. 1925. Der österreichisch-ungarische Krieg, Leipzig, 1922).
Schwertfeger, Bernhard, Die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit (in Ursachen des deutschen Zusammenbruchs), Bln., 1922.
Steffen, Gustav, Der Weltfriede und seine Hindernisse.
Stegemann, Hermann, Erinnerungen aus meinem Leben und meiner Zeit, Bln. und Leipzig, 1930.
Stein, H. v., Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges, Leipzig, 1919.
Strantz, Kurd v., Unser völkisches Kriegsziel, Leipzig, 1918.
Stresemann, Gustav, Macht und Freiheit, Halle a. S., 1918.
Sybel, Heinrich v., Die Begründung des deutschen Reiches, München und Leipzig, 1890—94.
Szemere, Paul u. Czech, Erich, Habsburgs Weg von Wilhelm zu Briand, Zürich, Leipzig, Wien, 1931.
Trotzki, Leo, Mein Leben, Bln., 1930.
— Von der Oktoberrevolution bis zum Friedensvertrag, Bln., 1918.
Unabhängiger Ausschuß, Verzichtfriede oder Sicherungsfriede. Ansprachen und Reden, 1917.
Valentin, Veit, Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges, Bn., 1921.
Victoroff-Toporoff, La premiére anné de la révolution russe, Bern, 1919.
Volkmann, Erich Otto, Der große Krieg, Bln., 1924.
— Die Annexionsfragen des Weltkrieges (in Ursachen des deutschen Zusammenbruchs) Bln., 1929.
Wedel, Graf Botho v., War ein Verständigungsfriede möglich? Hamburger Nachrichten, 7. August 1919.
Werkmann, K., Der Tote auf Madeira.
— Deutschland als Verbündeter, Bln., 1931.
Wieser, v., Österreichs Ende, Bln., 1919.
Wihelm, Kronprinz, Erinnerungen, hersg. v. Karl Rosner, 1922.
Winkler, W., Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Bln., 1927.
Wortmann, Karl, Geschichte der Vaterlandspartei, Halle a. S., 1926.
Wrisberg, E. v., Der Weg zur Revolution (Erinnerungen an die Kriegsjahre Bd. 1), Leipzig, 1921.

LEBENSLAUF.

Ich wurde am 14. Juni 1911 als Sohn des Kaufmanns Paul Walz in Berlin geboren. Nach der Grundschule besuchte ich die Realschule in Berlin-Treptow, später die Realgymnasialabteilung der Körnerschule in Berlin-Köpenick, die ich Ostern 1930 mit dem Reifezeugnis verließ. Anschließend studierte ich an der Berliner Universität Geschichte, Leibesübungen und Englisch. Meine Lehrer waren die Professoren Baetzner, Hartung, Holtzmann, Hoppe, Hübner, Maier, Oncken, Perels, Rieffert, Rupp, Schirmer, Spranger, Stählin, Weber.